



Geschäftsführung Rat

Ansprechpartner/in: Frau Kramp

Telefon: (0221) 221-22061

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: petra.kramp@stadt-koeln.de

Datum: 21.01.2009

Niederschrift

über die **46. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem **18.12.2008**, Ratssaal, 14:15 Uhr bis 20:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Fritz Schramma

Stimmberechtigte Mitglieder

Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner; Blum, Carola; Bögner, Hans-Georg Prof. Dr.; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Breninek, Hans-Martin; Brust, Gerhard; Bülow, Brigitta von; Bürgermeister, Eva Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa Elisa; Demirel, Özlem; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Fladerer, Alexander Dr.; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gebauer, Yvonne; Gey, Herbert; Granitzka, Winrich; Grau, Walter; Hamm, Johannes-Werner; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Heuer, Ulrike; Hock, Markus; Hoffmann, Alfred; Holländer, Hildburg; Jung, Helmut; Kaske, Axel; Kellner, Michael; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Kron, Peter; Lemper, Lothar Theodor Prof. Dr.; Ludwig, Claus; Manderla, Gisela; May, Petra; Mispelkamp, Wendel; Möller, Monika; Möring, Karsten; Moritz, Barbara; Müller, Josef Bürgermeister; Müller, Sabine Dr.; Müser, Martin Dr.; Neubert, Michael; Ott, Jochen; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Paul, Michael Dr.; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Repgen, Dietmar; Rouhs, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schlieben, Helge Dr.; Schlitt, Gabriele; Schmerbach, Cornelia; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schöppe, Bernd; Schoser, Martin Dr.; Schultes, Monika; Simons, Wolfgang; Sörries, Peter; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Sterck, Ralph; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Ulke, Sabine; van Benthem, Henk; Walter, Karl-Heinz; Waschek, Johannes; Wiesemann, Karin; Wilden, Regina; Wolf, Manfred; Wolter, Andreas; Zimmermann, Michael;

Bezirksbürgermeister/in

Wirges, Josef; Krämer, Horst;

Verwaltung

Kahlen, Guido Stadtdirektor; Soénius, Peter Michael Stadtkämmerer; Walter-Borjans, Norbert Beigeordneter Dr.; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Bredehorst, Marlis Beigeordnete; Streitberger, Bernd Beigeordneter; Quander, Georg Beigeordneter Prof.; Schmitz, Rolf Martin Dr.;

Schriftführer/in

Kramp, Petra;

Stenografen

Herr Ernst
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Kluth, Walter; Köhler, Andreas; Lierenfeld, Hans-Heinrich; Mendorf, Marco; Ünal, Arif; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeister/in

Hupke, Andreas; Roß-Belkner, Monika; Blömer-Frerker, Helga; Schößler, Bernd; Dohm, Winfried; Fuchs, Norbert;

Verwaltung

Böllinger, Werner;

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- I. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Koch, Herrn Philippi und Herrn Thelen vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

- II. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass dem Rat ein mit Änderungen und Ergänzungen versehener Entwurf der Tagesordnung vorliege.

Zuzusetzen ist demnach:

01. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Einbehaltung von zugesagten Bundesmitteln und Deckelung der U3-Plätze durch das Land"
AN/2578/2008

1. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
 - 1.3. Annahme einer Schenkung des Kunstwerkes "UnoStracio", 1956 von Mimmo Rotella durch Herrn Dr. Hans Henrici an die Stadt Köln, Museum Ludwig
5529/2008

2. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen
 - 2.1. Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 2.1.10. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Ausnahmeregelungen vom Verbot der Einfahrt in die Kölner Umweltzone"
AN/2575/2008

3. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 3.1. Anfrage von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betreffend "Archäologische Zone, hier: Wettbewerbsergebnis"
AN/2544/2008

9. Allgemeine Verwaltung
 - 9.12. Räumliche Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums im EL-DE-Haus durch Anmietung der derzeit von einer Galerie gemieteten Räume nebst notwendigen Umbaumaßnahmen
5054/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln
AN/2577/2008
 - 9.24. Verlängerung des Modellprojektes "Sozialraumorientierte Hilfsangebote in

Köln"
4750/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/2579/2008

9.34. AG Zoologischer Garten Köln
Übernahme einer Ausfallbürgschaft durch die Stadt Köln
5542/2008

9.35. Ankauf eines Gemäldes für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation
Corboud
5608/2008

16. Wahlen

16.2. Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners im Wirtschaftsausschuss
AN/2531/2008

16.3. Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners im Ausschuss Soziales und
Senioren
AN/2571/2008

16.4. Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners im Stadtentwicklungsaus-
schuss
AN/2572/2008

16.5. Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl einer sachkundigen Einwohnerin im Sportausschuss)
AN/2573/2008

16.6. Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Umwelt,
Gesundheit und Grün
AN/2574/2008

16.7. Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl einer sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss Allgemeine

17. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW
 - 17.1. Vertragszeichnungen EU-Projekt PORTICO
5268/2008
 - 17.2. Errichtung der "Kunststiftung im Museum Ludwig Köln"
5512/2008

24. Allgemeine Vorlagen
 - 24.3. Umstrukturierung der Rheinischen NETZ-Gesellschaft mbH (RNG)
5610/2008

Die Verwaltung zieht folgende Vorlagen zurück:

9. Allgemeine Vorlagen
 - 9.29. Branchenüblichkeit von Geschäftsführer-/Vorstandsvergütungen
5062/2008

23. Grundstücksangelegenheiten
 - 23.1. Verkauf des Wohn- u. Geschäftshauses Venloer Str. 350 b/Ehrenfeldgürtel
81- 83 in Köln-Ehrenfeld
4265/2008

- III. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fristgerecht die Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema „Einbehaltung von zugesagten Bundesmitteln und Deckelung der U3-Plätze durch das Land“ eingereicht haben. Die Angelegenheit wurde als TOP 01 in die Tagesordnung aufgenommen.

- IV. Ratsmitglied Herr Sterck zieht im Namen der FDP-Fraktion TOP

- 2.1.8. Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Wiedereinführung von Bezirksbeigeordneten"
AN/2265/2008

für die heutige Sitzung zurück, da keine Aussicht auf eine Zustimmung bestehe.

- V. Gemäß Antrag von Ratsmitglied Herrn Sterck beschließt der Rat einvernehmlich, die Punkte

- 9.33. Bericht über noch nicht umgesetzte Verwaltungsvorlagen aus den öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse Bauen und Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft
4715/2008

und

- 24.2. Bericht über noch nicht umgesetzte Verwaltungsvorlagen aus den nichtöffentlichen Sitzungen der Ausschüsse Bauen und Wohnen und Stadtentwicklung sowie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft
4717/2008

von der Tagesordnung abzusetzen. Die Beschlussvorlagen sollen zunächst in den zuständigen Fachausschüssen beraten werden. Nach Abschluss der Beratungen in den zuständigen Gremien ist eine Entscheidung darüber zu treffen, ob eine Endberatung im Rat notwendig ist.

- VI. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag betreffend „Ausnahmeregelungen vom Verbot der Einfahrt in die Kölner Umweltzone“, AN/2575/2008, vorgelegt haben.

Die zuständige Beigeordnete Frau Bredehorst nimmt zu dem Antrag für die Verwaltung Stellung. Die Ratsmitglieder Herr Sterck und Herr Möring begründen die Dringlichkeit. Anschließend lehnt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.Köln die Aufnahme in die Tagesordnung wegen der fehlenden Eilbedürftigkeit der Angelegenheit ab.

- VII. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Reihenfolge der Tagesordnung wegen des Sachzusammenhangs der Punkte

- 5.1.2. Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung)
3072/2008

- 5.1.6. Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung)
5276/2008

zu ändern und TOP 5.1.6 gemeinsam mit TOP 5.1.2 zu behandeln.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

VIII. Der Oberbürgermeister bestätigt auf Nachfrage von Ratsmitglied Herrn Börschel, dass die Punkte

5.2.3. 2. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung
5433/2008

5.2.4. 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -)
5444/2008

auf der Tagesordnung bleiben.

IX. Der Rat legt die Tagesordnung im Übrigen wie folgt fest.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 01 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Einbehaltung von zugesagten Bundesmitteln und Deckelung der U3-Plätze durch das Land"
AN/2578/2008
- 1 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
- 1.1 Annahme der Schenkung "ohne Titel" von Susanne Paesler durch Herrn Dr. Holger Paesler an die Stadt Köln, Museum Ludwig
4321/2008
- 1.2 Schenkung eines PKW der Marke Ford Transit im Wert von bis zu 23.000 € durch die Käthe - Flöck - Stiftung
4719/2008
- 1.3 Annahme einer Schenkung des Kunstwerkes "UnoStracio", 1956 von Mimmo Rotella durch Herrn Dr. Hans Henrici an die Stadt Köln, Museum Ludwig
(zugesetzt)

2 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

- 2.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 2.1.1. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Strategisches Flächenmanagement - Ausbau von Grünflächen"
AN/2515/2008
- 2.1.2. Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Umwandlung des Eigenbetriebs Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in eine Betriebs-gGmbH als Eigengesellschaft der Stadt Köln gemäß §§ 107 Abs. 2 S. 1 Nr. 2, 108 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW"
AN/2242/2008
- 2.1.3. Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Milli Görüs stoppen!"
AN/2493/2008
- 2.1.4. Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Umsetzung von Empfehlungen des "Kölner Netzwerk Bürgerengagement" für Rat und Verwaltung"
AN/2523/2008
- 2.1.5. Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Entwicklung eines "Ausstiegsprogramms" aus der extremen "rechten" und "linken" Politszene"
AN/2372/2008
- 2.1.6. Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Nutzung städtischer Plätze durch die PKK"
AN/2505/2008
- 2.1.7. Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Stadt Köln"
AN/2503/2008
- 2.1.8. Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Wiedereinführung von Bezirksbeigeordneten"

(zurückgezogen)
AN/2265/2008

2.1.9. Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch"
AN/2521/2008

2.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Abs. 5 GO NRW

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1. Anfrage von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betreffend "Archäologische Zone, hier: Wettbewerbsergebnis"
(zugesetzt)
AN/2544/2008

4 Einwohner und Bürger

4.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW

4.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 GO NRW

4.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 GO NRW

4.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 GO NRW

4.4.1 Antrag des Integrationsrates zur Änderung des § 27 der Gemeindeordnung NRW
1659/2008

5 Ortsrecht

5.1 Satzungen

5.1.1 Satzung Bürgerbegehren / Bürgerentscheid / Ratsbürgerentscheid

0071/2008

- 5.1.2 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung)
3072/2008
- 5.1.3 Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung
4247/2008
- 5.1.4 7. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
4558/2008
- 5.1.5 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln
4974/2008
- 5.1.6 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung)
5276/2008
- 5.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches
 - 5.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
3073/2008
 - 5.2.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB), -
Abwassergebührensatzung-
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie die Entsorgung von Schmutzwassergruben
5390/2008
 - 5.2.3 2. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung
5433/2008
 - 5.2.4 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -)
5444/2008

- 5.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
- 5.3.1 9. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Baadenberger Senke, Stöckheimer See und Große Laache)
3033/2006
- 5.3.2 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Volkshochschule Köln
4890/2008
- 5.3.3 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2009 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Innenstadt, Deutz, Severinsviertel, Godorf, Rodenkirchen, Lindenthal, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ehrenfeld, Neuehrenfeld, Ossendorf, Vogelsang, Longerich, Nippes, Chorweiler, Worringen, Poll, Porz-City, Porz- Eil, Porz- Lind/ Wahn/ Wahnheide/ Urbach, Brück, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, Mülheim
4948/2008
- 5.4 Sonstige städtische Regelungen
- 6 Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2008 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltsatzung 2008/2009
5299/2008
- 7 Überplanmäßige Ausgaben
- 8 Außerplanmäßige Ausgaben
- 9 Allgemeine Vorlagen
- 9.1 Jugendkriminalität - "Das Kölner Haus des Jugendrechts und weitere Bausteine für ein gemeinsames Netz des Jugendrechts"
1593/2008
- 9.2 Einrichtung von zwei Mehrstellen für die Graffitibeseitigung bei der Gebäudewirtschaft (GW)
3952/2008

- 9.3 Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Köln 2007
4214/2008
- 9.4 Baubeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Zoo/Flora mit Schaffung eines barrierefreien Zugangs mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2008 bei Finanzstelle 6903-1201-0-6005, Hst. Slabystr./Süd-Zoo/Flora-B.anhebung sowie Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2008/2009 der Stadt Köln bei gleicher Finanzstelle
4312/2008
- 9.5 Teilplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:
Baubeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Severinstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, Finanzstelle 6903-1201-0-6305, Umbau Hst. Severinstraße, Hj. 2009
4344/2008
- 9.6 Konzept für die Weiterentwicklung der zukünftigen Städtepartnerschaftsarbeit und internationalen Städtekooperation der Stadt Köln
3624/2008
- 9.7 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2009
4353/2008
- 9.8 Wohnen für Hilfe - Studentische Wohnraumversorgung
Konzeptionelle Erweiterung und Anbindung des Projektes an das Amt für Wohnungswesen
4556/2008
- 9.9 Zusetzung einer weiteren Beraterstelle bei der Kontakt- und Informationsstelle Wohnungswechsel, wohn mobil, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
4741/2008
- 9.10 Förderung des Vereins Christlich- Islamische Gesellschaft (CIG e.V.)
4773/2008
- 9.11 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

4947/2008

- 9.12 Räumliche Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums im EL-DE-Haus durch Anmietung der derzeit von einer Galerie gemieteten Räume nebst notwendigen Umbaumaßnahmen
5054/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln
AN/2577/2008

- 9.13 AWB 2018 Verlängerung der Leistungsverträge zwischen Stadt Köln und AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG
5222/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.Köln
AN/2580/2008

- 9.14 Haushaltsjahr 2009:
Anmietung der 4. Etage des Objektes Venloer Straße 419-421 und einer Teilfläche des Objektes Venloer Str. 417 zur kostenfreien Überlassung an das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V. und zahlungswirksame überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen
4764/2008

- 9.15 Arbeits- und Zeitplan zur Erstellung des Integrationskonzeptes
5106/2008

- 9.16 Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Stadt Köln durch die Verwaltung
2617/2008

- 9.17 Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Erstausrüstung für Plätze für Kinder im Alter von 3-6 Jahren bei Trägern der freien Jugendhilfe
4628/2008

- 9.18 Koelnmesse GmbH, Zuführung zur Kapitalrücklage und Änderung des Wirtschaftsplans 2008 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
5017/2008

- 9.19 KVB: Regelung über die Finanzierung der Unterhaltungskosten der Nord-

Süd Stadtbahn
5283/2008

- 9.20 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum: 01.01.2009 bis 31.12.2010
3235/2008
- 9.21 Entwicklung und Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Aufgaben hier: Einrichtung einer Mehrstelle im Bereich Arbeitsmarktförderung zum 01.01.2009
3485/2008
- 9.22 Ganztagsoffensive Sek. I - Änderungsbeschlüsse für die zur Umwandlung in Ganztagschulen vorgesehenen Realschulen und Gymnasien
4204/2008
- 9.23 Ganztagsoffensive Sek I - Auswirkungen auf den Ausbau von Ganztagsbereichen (Zeit-/Maßnahmenplan)
4631/2008
- 9.24 Verlängerung des Modellprojektes "Sozialraumorientierte Hilfsangebote in Köln"
4750/2008
- Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(zugesetzt)
AN/2579/2008
- 9.25 Ganztagsoffensive Sekundarstufe I - Programm "Geld oder Stelle" und Ganztagsangebote für 10-14-jährige Schülerinnen und Schüler
4978/2008
- 9.26 Handlungsempfehlungen "Menschen ohne Papiere"
4988/2008
- 9.27 Änderung der Fachschule für Technik am Berufskolleg Hauptstraße 426-428, 51143 Köln (Porz),
Erweiterung um einen Bildungsgang mit der Fachrichtung Gebäudesystemtechnik
in Kooperation mit der Werner-von-Siemens-Schule, Eitorfer Straße 18, 50679 Köln (Deutz)
5116/2008

- 9.28 Bildungslandschaft Altstadt-Nord in Köln-Altstadt/Nord
Einrichtung eines Anwohnerbeirates zur Begleitung der weiteren Planung
5197/2008
- 9.29 Branchenüblichkeit von Geschäftsführer-/Vorstandsvergütungen
(zurückgezogen)
5062/2008
- 9.30 Wirtschaftsplan 2009 der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
5411/2008
- 9.31 Zuschuss für die Drogenhilfe Köln gGmbH zur Einrichtung und zum Betrieb der Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige im Rechtsrheinischen (KAD II)
5300/2008
- 9.32 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Auflösung der Kapitalrücklage
5347/2008
- 9.33 Bericht über noch nicht umgesetzte Verwaltungsvorlagen aus den öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse Bauen und Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft
(zurückgezogen)
4715/2008
- 9.34 AG Zoologischer Garten Köln
Übernahme einer Ausfallbürgschaft durch die Stadt Köln
(zugesetzt)
5542/2008
- 9.35 Ankauf eines Gemäldes für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
(zugesetzt)
5608/2008
- 10 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes
- 11 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

- 11.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 67444/04
Arbeitstitel: Im Weichserhof in Köln-Altstadt/Süd
3723/2008
- 11.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nr. 64424/02
Arbeitstitel: Kinderheime Sülz in Köln-Sülz
5108/2008
- 12 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen
- 13 Erlass von Veränderungssperren
 - 13.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd
Arbeitstitel: Hohe Pforte in Köln-Altstadt/Süd
3557/2008
- 14 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen
 - 14.1 Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes 'Rheinboulevard Mülheim-Süd mit Grünzug Charlier'
hier: Satzungsbeschluss
3601/2008
 - 14.2 Sanierung Vingst/Höhenberg
Aufhebung der Sanierungssatzung Vingst/Höhenberg
4202/2008
- 15 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen
 - 15.1 199. Satzung über die Festlegungen gem. § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4376/2008
 - 15.2 200. Satzung über die Festlegungen gem. § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
5000/2008

16 Wahlen

- 16.1 Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der KölnVorsorge- Sterbeversicherung VVaG der Verwaltungsangehörigen der Stadt Köln
5339/2008

- 16.2. Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners im Wirtschaftsausschuss
(zugesetzt)
AN/2531/2008

- 16.3. Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners im Ausschuss Soziales und Senioren
(zugesetzt)
AN/2571/2008

- 16.4. Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners im Stadtentwicklungsausschuss
(zugesetzt)
AN/2572/2008

- 16.5. Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl einer sachkundigen Einwohnerin im Sportausschuss
(zugesetzt)
AN/2573/2008

- 16.6. Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
(zugesetzt)
AN/2574/2008

- 16.7. Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl einer sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
(zugesetzt)
AN/2576/2008

17 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO

NRW

- 17.1 Vertragszeichnungen EU-Projekt PORTICO
(zugesetzt)
5268/2008

- 17.2 Errichtung der "Kunststiftung im Museum Ludwig Köln"
(zugesetzt)
5512/2008

- 18 -

- 19 -

- Nicht öffentliche Sitzung

- 20 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

- 21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 23 Grundstücksangelegenheiten
 - 23.1 Verkauf des Wohn- u. Geschäftshauses Venloer Str. 350 b/Ehrenfeldgürtel
81- 83 in Köln-Ehrenfeld (zurückgezogen)
4265/2008

 - 23.2 Bestellung eines Erbbaurechtes Clevischer Ring in Köln-Mülheim
5385/2008

 - 23.3 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln; Rückwerb von Erbbaurechten der Koelnmesse GmbH
5428/2008

- 24 Allgemeine Vorlagen

- 24.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Neuausschreibung der Bewachungsleistungen für die städtischen Museen
4561/2008

- 24.2 Bericht über noch nicht umgesetzte Verwaltungsvorlagen aus den nichtöffentlichen Sitzungen der Ausschüsse Bauen und Wohnen und Stadtentwicklung sowie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft (zurückgezogen)
4717/2008

- 24.3 Umstrukturierung der Rheinischen NETZ-Gesellschaft mbH (RNG) (zugesetzt)
5610/2008

- 25 Wahlen

- 26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW
 - 26.1 Dringlichkeitsentscheidung SG Worringen e.V.
5418/2008

Öffentliche Sitzung

14:15 Uhr bis 20:23 Uhr

- 01 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Einbehaltung von zugesagten Bundesmitteln und Deckelung der U3-Plätze durch das Land"
AN/2578/2008**

Beschluss:

Der Rat beauftragt den Oberbürgermeister, die nachfolgende Resolution an die Präsidentin des Landtages Nordrhein-Westfalen zu übermitteln:

Erklärung des Rates:

1. Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung auf, den Haushaltsentwurf der Landesregierung so zu korrigieren, dass die Bundesmittel für die Betriebskosten von Kindertagesstätten zum Ausbau von U-3-Betreuungsplätzen entsprechend der Vereinbarung aus 2007 zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in voller Höhe an die Kommunen weitergeleitet werden.
2. Weiterhin fordert der Rat der Stadt Köln die Fraktionen des Landtags auf, den Haushaltsentwurf des Landeshaushalts 2009 so zu korrigieren, dass es keine Einschränkungen für die von den Eltern gewählten Betreuungszeiten für Kinder unter 3 Jahren gibt.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, sich in den Gremien des Städtetags für eine Aufhebung der Reglementierungen/Kontingentierung einzusetzen und somit den Elternwillen zu beachten und zu berücksichtigen. Wir fordern das Land auf die Deckelung des Ausbaus auf 11.000 Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder aufzuheben und alle Plätze mitzufinanzieren, die ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot vor Ort gewährleisten. Der Landtag und vor allem die Kölner Landtagsabgeordneten werden gebeten, dies entsprechend zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

1 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

1.1 Annahme der Schenkung "ohne Titel" von Susanne Paesler durch Herrn Dr. Holger Paesler an die Stadt Köln, Museum Ludwig

4321/2008

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung „Ohne Titel“, 2002 von Susanne Paesler durch Herrn Dr. Holger Paesler, München an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**1.2 Schenkung eines PKW der Marke Ford Transit im Wert von bis zu 23.000 € durch die Käthe - Flöck - Stiftung
4719/2008**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung eines PKW der Marke Ford Transit im Wert von bis zu 23.000 € durch die Käthe – Flöck - Stiftung dankend an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**1.3 Annahme einer Schenkung des Kunstwerkes "UnoStracio", 1956 von Mimmo Rotella durch Herrn Dr. Hans Henrici an die Stadt Köln, Museum Ludwig
(zugesetzt)
5529/2008**

Beschluss:

Der Rat beschließt mit Dank die Annahme der Schenkung des Kunstwerkes „Uno Stralcio“, 1956 von Mimmo Rotella durch Herrn Dr. Hans Henrici, Köln an das Museum Ludwig.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

2.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Strategisches Flächenmanagement - Ausbau von Grünflächen" AN/2515/2008

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Fachausschüssen und Rat zeitnah ein Konzept vorzulegen, dass aus Veräußerungserlösen den Ausbau von Grünflächen zu ermöglichen.

Das Konzept hat zum Ziel die Erlöse aus dem Verkauf städtischer Grundstücke, die von Grün in Gewerbe bzw. Wohnen umgewandelt wurden, das bedeutet, die planungsrechtlich vor dem konkreten Veräußerungsanlass noch nicht als Bauflächen ausgewiesen waren, zum Erwerb von Flächen zu verwenden, die zur Herstellung und zur Vervollständigung von Grünvernetzungen und Grünzügen im Stadtgebiet notwendig sind. Dazu soll ein eigener Haushaltsansatz Grünflächen gebildet werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke.Köln sowie mit den Stimmen von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) und des Oberbürgermeisters zugestimmt.

2.1.2 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Umwandlung des Eigenbetriebs Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in eine Betriebs-gGmbH als Eigengesellschaft der Stadt Köln gemäß §§ 107 Abs. 2 S. 1 Nr. 2, 108 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW" AN/2242/2008

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umwandlung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud (WRM) in eine Betriebs-gGmbH als Eigengesellschaft der Stadt Köln vorzubereiten. Alle hierzu erforderlichen Schritte sind von der Verwaltung einzuleiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke.Köln sowie der Stimme von Ratsmitglied Frau May (Einzelmandatsträgerin) gegen die Stimmen der CDU-Fraktion,

der FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen von Ratsmitglied Herrn Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) und des Oberbürgermeisters **abgelehnt**.

**2.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Milli Görüs stoppen!"
AN/2493/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln mißbilligt Antisemitismus, politischen Extremismus und religiösen Fanatismus. Er beobachtet deshalb den Ausbau der Infrastruktur der radikal-islamischen Vereinigung Milli Görüs in Köln mit Sorge.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Bau eines zum Milli-Görüs-Netzwerk gehörenden Gemeindezentrums an der Elbeallee 27 im Stadtbezirk Chorweiler zu verhindern.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

**2.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Umsetzung von Empfehlungen des "Kölner Netzwerk Bürgerengagement" für Rat und Verwaltung"
AN/2523/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, den Beschluss des Rates vom 14.12.2006 – „Kölner Netzwerk Bürgerengagement: AG Bürgerbeteiligung – Empfehlungen an Rat und Verwaltung“ - umzusetzen und den Fachausschüssen noch vor der Osterpause 2009 die Ergebnisse seiner Prüfung „als Übersicht mit Vor- und Nachteilen und finanziellen Auswirkungen“ vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke.Köln sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Herrn Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimme des Oberbürgermeisters zugestimmt.

2.1.5 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Entwick-

**lung eines "Ausstiegsprogramms" aus der extremen "rechten" und
"linken" Politszene"
AN/2372/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines psychologisch, soziologisch sowie geschichtlich fundierten „Ausstiegsprogramms“, um politisch extrem rechts oder links orientierte Bürgerinnen und Bürger nachhaltig bei einer Distanzierung von diesen Politszenen zu unterstützen. Hierbei sind alle in der Stadt(verwaltung) zur Verfügung stehenden diesbezüglichen Erfahrungswerte und Kompetenzen zu nutzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion pro Köln sowie der Fraktion Die Linke.Köln gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion sowie gegen die Stimme des Oberbürgermeisters **abgelehnt**.

**2.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Nutzung städtischer Plätze durch die PKK"
AN/2505/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, künftig in Zusammenarbeit mit der Polizei zeitnah den Mißbrauch öffentlicher Plätze für den Aufbau von Zelten oder anderen Unterständen der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK zu unterbinden.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

Anmerkung:

Ratsmitglied Frau Bürgermeisterin Spizig verlässt die Sitzung nach der Behandlung diesen Punktes endgültig.

**2.1.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Stadt Köln"
AN/2503/2008**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen Fachausschüssen darzustellen, welche Handlungsmöglichkeiten gesehen werden, um bei sinkenden Steuereinnahmen oder steigenden Ausgaben entsprechende Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten, um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Köln im Rahmen des Doppelhaushalts 2008/2009 zu gewährleisten.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, bereits jetzt Projekte soweit vorzubereiten, dass die Stadt Köln sich an zu erwartenden Investitions- und Konjunkturprogrammen der Bundesregierung bzw. Landesregierung sofort beteiligen kann. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass durch vorausschauende Planung kein zeitlicher Verzug entsteht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Herrn Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) zugestimmt.

2.1.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Wiedereinführung von Bezirksbeigeordneten" (zurückgezogen) AN/2265/2008

Diese Angelegenheit wurde von Ratsmitglied Herrn Sterck im Namen der FDP-Fraktion für diese Sitzung zurückgezogen (siehe auch Ziffer IV - Seite 5 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

2.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch" AN/2521/2008

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat fordert die Bundesregierung auf, tätig zu werden mit dem Ziel, dem Artikel 22 des Grundgesetzes den Satz „Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch.“ hinzuzufügen.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

2.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Abs. 5 GO NRW

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1 Anfrage von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betreffend "Archäologische Zone, hier: Wettbewerbsergebnis" (zugesetzt)
AN/2544/2008**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

4 Einwohner und Bürger

4.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW

4.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 GO NRW

4.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 GO NRW

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

4.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 GO NRW

**4.4.1 Antrag des Integrationsrates zur Änderung des § 27 der Gemeindeordnung NRW
1659/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, den Antrag des Integrationsrates vom 19.11.2007 aufzugreifen und den Landtag zu bitten, § 27 der Gemeindeordnung so zu ändern, dass zukünftig Integrationsräte an die Stelle der bisherigen Ausländerbeiräte treten, die die im Antrag aufgeführten Grundvoraussetzungen einschließlich der Änderung der Verwaltung erfüllen.

Die Formulierung im zehnten Aufzählungspunkt des Antrages

- „Der Integrationsrat wird bei der Besetzung der Stelle der Geschäftsführung sowie bei der Einstellung von Personal für die Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Migrations- und Integrationsarbeit beteiligt.“

wird ersetzt durch:

- „Der Integrationsrat wird bei der Besetzung der Stelle der Geschäftsführung sowie bei der Einstellung von Personal für die Durchführung von Aufgaben im Rahmen der Migrations- und Integrationsarbeit in der Geschäftsstelle des Integrationsrates und im Interkulturellen Referat frühzeitig informiert.“

Abstimmungsergebnis:

Mit deutlicher Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

5 Ortsrecht

5.1 Satzungen

5.1.1 Satzung Bürgerbegehren / Bürgerentscheid / Ratsbürgerentscheid 0071/2008

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Satzung der Stadt Köln über die Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden in der in Anlage 1 beigefügten Fassung unter Berücksichtigung folgender Änderungen:

I. Öffentlichkeitsarbeit

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird aufgefordert, nach Inkrafttreten der Satzung, diese im Rahmen der stadt eigenen Öffentlichkeitsarbeit vorzustellen und dabei auch noch einmal allgemein über das Thema Bürgerbegehren/Bürgerentscheid sowie über die weiteren partizipativen Instrumente Einwohnerantrag und Anregung/Beschwerde zu informieren. Die Verwaltung wird beauftragt, zu diesem Themenkomplex ein stadt eigenes Merkblatt zu erstellen und dieses interessierten Bürgerinnen und Bürgern auf geeignete Weise zur Verfügung zu stellen.

II. Änderung des Satzungsentwurfes Anlage 1 der Beschlussvorlage

Die Satzung der Stadt Köln über die Durchführung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden in der in Anlage 1 zur Beschlussvorlage beigefügten Fassung wird in nachfolgenden Punkten wie folgt geändert:

1. § 3 Entscheidung des Rates über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens

Vorlagenfassung	Neufassung
(2) Die Vertreterinnen/Vertreter des Bürgerbegehrens sind als Zuhörer zur Ratssitzung einzuladen. Im Rahmen der Beratung und Entscheidung des Rates über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens steht den Vertreterinnen/Vertretern des Begehrens kein Rederecht zu.	(2) Die Vertreterinnen/Vertreter des Bürgerbegehrens sind als Zuhörer zur Ratssitzung einzuladen. Im Rahmen der Beratung und Entscheidung des Rates über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens ist den Vertreterinnen/Vertretern des Begehrens Gelegenheit zur Stellungnahme über ihr Begehren in der Ratssitzung einzuräumen.

2. § 5 Bürgerentscheid

Vorlagenfassung	Neufassung
(1). Der Bürgerentscheid findet an einem Sonntag statt. Der konkrete Abstimmungstag wird durch die Oberbürgermeisterin/den Oberbürgermeister bestimmt.	(1) Die Abstimmung findet an einem Sonntag statt. Der Tag wird vom Rat nach folgender Maßgabe bestimmt: Findet zwischen der fünften und der dreizehnten Woche nach der Zurückweisung des Bürgerbegehrens durch den Rat bzw. nach dem Beschluss zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheides eine Wahl statt, so wird die Abstimmung auf diesen Tag gelegt.
(2) Die Abstimmungszeit dauert von 8.00 bis 18.00 Uhr	(2) Die Abstimmungszeit dauert von 8.00 bis 18.00 Uhr

3. § 6 Abs. 1 Satz 1 Ratbürgerentscheid

Vorlagenfassung	Neufassung
(1). Der Ratbeschluss zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheides bedarf einer Mehrheit von mindestens 60 Stimmen.	(1) Der Ratsbeschluss zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheides bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates.

4. § 7 Abs. 2 Zuständigkeiten

Vorlagenfassung	Neufassung
(2). Die Oberbürgermeisterin/Der Oberbürgermeister teilt das Abstimmungsgebiet in Stimmbezirke ein. Die Stimmräume sollen nach Möglichkeit in den auch für die Wahlen genutzten städtischen Gebäuden untergebracht werden.	(2) Die Oberbürgermeisterin/Der Oberbürgermeister teilt das Abstimmungsgebiet in Stimmbezirke ein. Die Stimmräume sollen nach Möglichkeit in den auch für die Wahlen genutzten städtischen Gebäuden untergebracht werden. Die Stimmbezirke sollen nach den örtlichen Verhältnissen so abgegrenzt sein, dass allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. Die Verwaltungsbezirksgrenzen sollen eingehalten werden. Kein Stimmbezirk soll mehr als 5.000 Einwohner umfassen. Die Einwohnerzahl eines

	Stimmbezirks darf nicht so gering sein, dass sich die Abstimmungsentscheidung der einzelnen Abstimmungsberechtigten ermitteln ließe. Finden gleichzeitig Wahlen statt, so müssen die Stimmbezirke für die Abstimmung und die Wahlen dieselben sein.
--	---

5. Entsprechende Anwendung von Rechtsverordnungen

Der Satzungstext wird um einen Hinweis auf die entsprechende Anwendung der Bürgerentscheids-Durchführungsverordnung des Innenministeriums sowie die Kommunalwahlgeräteordnung ergänzt.

6. Übernahme von § 26 Abs. 5 GO NRW

Die Ausschlussgründe des § 26 Abs. 5 GO NRW sind an geeigneter Stelle in den Satzungstext zu übernehmen.

2. Der Rat beschließt die Dritte Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Köln gemäß Anlage 5.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.1.2 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung) 3072/2008

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 2) mit folgenden Änderungen:

1. Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:
Die Gestaltungskonzepte der Kooperationspartner im Rahmen des Kooperationsmodells sind dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün vor Vertragsunterzeichnung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Kooperationsvertrag zur bereits begonnenen Fläche auf dem Melatenfriedhof wird dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen zur Genehmigung vorgelegt. Weitere Kooperationsverträge bedürfen einer Zustimmung durch den Ausschuss nicht, sofern sie einen vergleichbaren Vertragsinhalt haben.

2. Die Satzung wird um eine Bestimmung zum Geltungsbereich mit folgender Maßgabe ergänzt:

„Das Angebot der Naturwaldbestattung ist zunächst bis zum 31.12.2011 befristet.“

3. In § 6 Abs. 2 h werden nach dem Wort „Blindenhunde“ die Worte "und Schwerbehindertenbegleithunde" eingesetzt.
4. Der § 8 Abs. 2 wird um folgenden Satz ergänzt: „Dies soll möglichst im Einvernehmen mit den Angehörigen oder deren Beauftragten erfolgen“.
5. In § 18 Abs. 5, S. 3 werden die Worte: „über die Steinmetz- und Bildhauerinnung“ gestrichen.
6. § 26 Abs. 1 wird wie folgt geändert und lautet neu: „Grundsätzlich wird die Naturwaldbestattung in Kombination mit einer in Köln durchgeführten Einäscherung vorgenommen“.
7. In § 29 Abs. 3, S. 2 werden hinter dem Wort: „bodenbündig“ die Worte: „ - ohne Zwischenräume zum Boden -“ eingefügt.
8. Bei der Einrichtung von Kooperationsgrabfeldern auf dem Melatenfriedhof handelt es sich um ein Pilotprojekt. Über weitere Kooperationen wird erst nach Auswertung des Pilotprojektes (Vorlage eines Erfahrungsberichtes nach einem Jahr) entschieden.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

5.1.3 Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung 4247/2008

Beschluss:

Der Rat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer in der Stadt Köln (Zweitwohnungssteuersatzung) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

5.1.4 7. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 4558/2008

Beschluss:

Der Rat beschließt die 7. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.1.5 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln
4974/2008****Beschluss:**

Der Rat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln (Abfallsatzung – AbfS -) in der diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln und gegen die Stimme von Ratsmitglied Frau May (Einzelmandatsträgerin) zugestimmt.

**5.1.6 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung)
5276/2008****Beschluss:**

Der Rat beschließt, abweichend vom vorliegenden Satzungsentwurf § 16 Abs. 2 der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung) in der als Anlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit TOP 5.1.2 behandelt.

5.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

5.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln 3073/2008

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2008 (Anlagen 1-10) zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt die Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 11).

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der Faktion pro Köln und der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

5.2.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB), - Abwassergebührensatzung-

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie die Entsorgung von Schmutzwassergruben 5390/2008

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Der Rat der Stadt Köln

- nimmt die Gebührenbedarfsberechnung (0 % Erhöhung) der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR, (StEB) für das Jahr 2009 (Anlage 12) zustimmend zur Kenntnis,
- stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung - in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.
(Anlage 13 -Gebührenrechnung für 2009 bei 0 % Erhöhung)

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke.Köln gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Herrn Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) und Frau May (Einzelmandatsträgerin) sowie gegen die Stimme des Oberbürgermeisters **abgelehnt**.

II. Beschluss gemäß Vorlage:

Der Rat der Stadt Köln

- nimmt die Gebührenbedarfsberechnung (3,9 % Erhöhung) der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR, (StEB) für das Jahr 2009 (Anlage 2) zustimmend zur Kenntnis,
- stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung - in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.
(Anlage 3 -Gebührenrechnung für 2009 bei 3,9 % Erhöhung)

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke.Köln und der Stimme des Oberbürgermeisters gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Herrn Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) und Frau May (Einzelmandatsträgerin) **zugestimmt**.

Anmerkung:

Der Beschluss zu Ziffer I geht auf einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion zurück, der durch Ratsmitglied Bürgermeister Müller in der Sitzung mündlich vorgetragen wurde.

5.2.3 2. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung 5433/2008

Der Oberbürgermeister zieht die Vorlage bei Aufruf des Tagesordnungspunktes zurück und kündigt eine Dringlichkeitsentscheidung an.

5.2.4 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Stra-

Benreinigungssatzung - StrReinS -) 5444/2008

Der Oberbürgermeister zieht die Vorlage bei Aufruf des Tagesordnungspunktes zurück und kündigt eine Dringlichkeitsentscheidung an.

5.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

5.3.1 9. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Baadenberger Senke, Stöckheimer See und Große Laache) 3033/2006

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. gem. § 29 Abs. 1 in Verbindung mit § 27 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (LG NW) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 21. Juli 2000 (GV.NRW.S.568), geändert durch Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes vom 5. Juli 2007, die 9. Änderung des Landschaftsplans Köln mit den Zielen der Anlage 1 einzuleiten,
2. den Einleitungsbeschluss gem. § 27 Abs. 1 S.2 LG NW ortsüblich bekannt zu machen,
3. die frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 27b LG NW in Form einer öffentlichen Darlegung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 27a Abs. 1 LG NW durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.3.2 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Volkshochschule Köln 4890/2008

Beschluss:

Der Rat beschließt die Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Volkshochschule Köln in der als Anlage zu dieser Beschlussvorlage paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**5.3.3 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2009 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Innenstadt, Deutz, Severinsviertel, Godorf, Rodenkirchen, Lindenthal, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ehrenfeld, Neuehrenfeld, Ossendorf, Vogelsang, Longerich, Nippes, Chorweiler, Worringen, Poll, Porz- City, Porz- Eil, Porz- Lind/ Wahn/ Wahnheide/ Urbach, Brück, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, Mülheim
4948/2008**

Beschluss:

1. Der Rat beschließt für das Jahr 2009 das von der Verwaltung in der Begründung erläuterte Modell „24+3“ zur Regelung der Sonderöffnungszeiten gemäß § 6 LÖG NRW.

2. Der Rat beschließt weiter gemäß § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 LÖG NRW den Erlass der als Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke.Köln sowie mit den Stimmen von Ratsmitglied Herrn Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) und des Oberbürgermeisters bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und gegen die Stimme von Ratsmitglied Frau May (Einzelmandatsträgerin) zugestimmt.

5.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

**6 Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2008 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2008/2009
5299/2008**

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch den Kämmerer/Fachbeigeordneten in der Zeit vom 23.10.2008 bis 26.11.2008 für das Haushaltsjahr 2008 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2008 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen

Alle folgenden Mehraufwendungen wirken sich in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die teilweise haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. **408.300 EUR** in **Teilplan 0101** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)
67.600 EUR in **Teilplan 0202** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)
2. **7.854 EUR** in **Teilplan 0401** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
3. **9.000 EUR** in **Teilplan 0401** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
11.000 EUR in **Teilplan 0401** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)
4. **20.000 EUR** in **Teilplan 0405** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
5. **223.000 EUR** in **Teilplan 1301** in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
525.000 EUR in **Teilplan 1301** in Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2008 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlung für Investitionen

1. **4.000 EUR** in **Teilplan 0101** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 0000-0101-0-0001
2. **14.000 EUR** in **Teilplan 0101** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 0100-0101-1-0000
3. **1.110 EUR** in **Teilplan 0601** in Zeile 8 (Auszahlung für Baumaßnahmen); Finanzstelle
5100-0601-0-2002

4. **4.717,54 EUR** in **Teilplan 1301** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 0000-1301-0-0001

5. **750,00 EUR** in **Teilplan 1401** in Zeile 9 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 5704-1401-0-0001

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Überplanmäßige Ausgaben

8 Außerplanmäßige Ausgaben

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

9 Allgemeine Vorlagen

9.1 Jugendkriminalität - "Das Kölner Haus des Jugendrechts und weitere Bausteine für ein gemeinsames Netz des Jugendrechts" 1593/2008

Beschluss:

1. Der Rat nimmt das „Handlungskonzept für das Kölner Haus des Jugendrechts (Anlage 1)“ zur Kenntnis und dankt den Kooperationspartnern und Beteiligten der Polizei Köln, der Staatsanwaltschaft Köln, des Jugend- und Familiengerichts und der Bewährungshilfe Köln für die bisherige Zusammenarbeit und Unterstützung in dem Projekt.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des „Handlungskonzeptes für das Kölner Haus des Jugendrechts“ und ermächtigt die Verwaltung nach Abschluss der geplanten Kooperationsvereinbarung mit den beteiligten Partnern, eine geeignete Immobilie für das Projekt anzumieten. Der entstehende Aufwand kann noch nicht abschließend dargestellt werden, die Finanzierung ist aber im Rahmen der im Haushaltsplan 2008 / 2009 veranschlagten Mittel gesichert.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

**9.2 Einrichtung von zwei Mehrstellen für die Graffitibeseitigung bei der Gebäudewirtschaft (GW)
3952/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Einrichtung von zwei Mehrstellen Anstreicher/in LGr. 3/4/4a (EGr. 4 TVöD) für die Graffitibeseitigung bei der Gebäudewirtschaft (GW) zum Stellenplan 2010.

Um die Stellen kurzfristig besetzen zu können, werden bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 verwaltungsintern Verrechnungsstellen zur Verfügung gestellt.

Die Stellen werden zunächst bis zum 31.12.2009 befristet.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

**9.3 Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Köln 2007
4214/2008**

Beschluss:

Nach Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss beschließt der Rat gemäß § 94 Abs. 1 GO (in der bis zum 31.12.2004 geltenden Fassung) die Jahresrechnung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2007. Aufgrund des Prüfergebnisses erteilen die Ratsmitglieder dem Oberbürgermeister die vorbehaltlose Entlastung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.4 Baubeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Zoo/Flora mit Schaffung eines barrierefreien Zugangs mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2008 bei Finanzstelle 6903-1201-0-6005, Hst. Slabystr./Süd-Zoo/Flora-B.anhebung sowie Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltsatzung 2008/2009 der Stadt Köln bei gleicher Finanzstelle
4312/2008**

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts und vorbehaltlich der Genehmigung des Zuwendungsgebers zur Planungsänderung – mit dem Umbau der Stadtbahnhaltestelle Zoo/Flora und der Schaffung eines barrierefreien Zugangs über eine neue Fußgängerbrücke mit städtischen Gesamtkosten von 4.634.337,00 EUR.

Der Rat stimmt der Erhöhung der investiven Auszahlungsermächtigung für die 3-teilige Gesamtmaßnahme bei der Finanzstelle 6903-1201-0-6005, Hst. Slabyst./Süd-Zoo/Flora-B.anhebung, in Höhe von 3.678.253,00 EUR zu. Die Gesamtauszahlungen betragen nun 6.611.535,00 EUR statt 2.933.282,00 EUR.

Die Bereitstellung der Mehrauszahlung in Höhe von 2.257.394,00 EUR zur Finanzierung der im ersten Absatz aufgeführten Teilmaßnahme erfolgt im Wege der echten Deckungsfähigkeit durch Wenigerauszahlungen bei Finanzstelle 6903-1201-0-9080, Stadtbahn-BA Gürtel Ossendorf, in Höhe von 1.257.394,00 EUR sowie bei Finanzstelle 6903-1201-0-7000, Nachträglicher Einbau von Aufzügen, in Höhe von 1.000.000,00 EUR – jeweils Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2008.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von 3.384.837,00 EUR an investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2008 bei der Finanzstelle 6903-1201-0-6005, Hst. Slabyst./Süd-Zoo/Flora-B.anhebung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

9.5 Teilplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Baubeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Severinstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, Finanzstelle 6903-1201-0-6305, Umbau Hst. Severinstraße, Hj. 2009 4344/2008

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts – mit der Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB AG) den Vertrag hinsichtlich des Umbaus und der damit verbundenen Kostenübernahmeregelung der oberirdischen Stadtbahnhaltestelle Severinstraße in der diesem Beschluss vorliegenden Fassung (Anlage 2) mit städtischen Gesamtkosten von zurzeit 2.832.200,00 Euro im Rahmen eines sogenannten In-House-Geschäftes zu schließen.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 1.687.404,00 Euro bei Finanzstelle 6903-1201-0-6305, Umbau Hst. Severinstraße, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen im Hj. 2009.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.6 Konzept für die Weiterentwicklung der zukünftigen Städtepartnerschaftsarbeit und internationalen Städtekooperation der Stadt Köln 3624/2008

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das „Konzept für die Weiterentwicklung der zukünftigen Städtepartnerschaftsarbeit und internationalen Städtekooperation der Stadt Köln“ in vorgelegter Form und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.
2. Die Umsetzung der Kienbaum-Maßnahme 01.1 im Bereich internationale Angelegenheiten (Personalreduktion um 1 Stelle) wird nicht weiter verfolgt. Der Rat entbindet damit die Verwaltung von der Verpflichtung, im Haushaltsjahr 2008 strukturelle Einsparungen in Höhe von 16.700 €, im Haushaltsjahr 2009 in Höhe von 33.400 € sowie im Haushaltsjahr 2010 ff. in Höhe von 50.000 € zu erreichen.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Die Ratsmitglieder Frau De Bellis-Olinger, Herr Repgen und Herr Wolf nehmen an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

9.7 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2009 4353/2008

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 15 der Satzung der Beihilfekasse der Stadt Köln in Verbindung mit § 97 Absatz 4 GO NW den Wirtschaftsplan 2009 (Anlage 1) fest.

Gleichzeitig beschließt der Rat für das Wirtschaftsjahr 2009 die Finanzierung mit einem Umlagesatz von

8,25 % für Beihilfen Beamte (Vorjahr 8,14 %)
0,07 % für Pflegeversicherung Beamte (Vorjahr 0,07 %)
0,12 % für Beihilfen Beschäftigte (Vorjahr 0,14 %)

der Dienstbezüge (ohne Mehrarbeits-/Überstundenvergütung, ZVK-Umlagen, Sozialversicherung, Jahressonderzahlung)

und einem Gesamtbetrag von 17.704.000 EUR (Vorjahr 15.326.100 EUR) für Beihilfen an Versorgungsempfänger.

Die Beihilfekasse wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 2.500.000 EUR in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.8 Wohnen für Hilfe - Studentische Wohnraumversorgung Konzeptionelle Erweiterung und Anbindung des Projektes an das Amt für Wohnungswesen 4556/2008

Beschluss:

Der Rat beschließt die Gewährung eines Zuschusses ab dem 01.01.2009 an das Zentrum für Heilpädagogische Gerontologie der Universität zu Köln in Höhe von 65.000 Euro zur Umsetzung des Programmes „Wohnen für Hilfe – Studentisches Wohnen“.

Zahlungswirksame Aufwandsermächtigungen stehen im Teilergebnisplan 1003 Wohnen bei Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Dem Ausschuss für Soziales und Senioren und dem Ausschuss Bauen und Wohnen ist jährlich über den Projektverlauf zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.9 Zusetzung einer weiteren Beraterstelle bei der Kontakt- und Informationsstelle Wohnungswechsel, wohn mobil, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband 4741/2008

Beschluss:

Der Rat beschließt die Gewährung eines zusätzlichen Zuschusses ab dem 01.01.2009 an die Kontakt- und Informationsstelle Wohnungswechsel/wohnmobil/DPWV in Höhe von 57.800 Euro zur Deckung des gestiegenen Bedarfs an Unterstützungsleistungen für ältere und behinderte Menschen bei Wohnungssuche und Wohnungswechsel u.a. im Rahmen des Abbaus stationärer Heimplätze in Köln.

Zahlungswirksame Aufwandsermächtigungen stehen im Teilergebnisplan 1003 Wohnen bei Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Dem Ausschuss für Soziales und Senioren ist jährlich über den Projektverlauf zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

9.10 Förderung des Vereins Christlich- Islamische Gesellschaft (CIG e.V.) 4773/2008

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Verein „Christlich-Islamische Gesellschaft e.V. (CIG e.V.) mit einem Betrag in Höhe 6.000 € für das Jahr 2008 zu fördern.

Die Finanzierung erfolgt im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, durch Sollverlagerung innerhalb der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.11 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 4947/2008

Beschluss

1. Der Rat stellt gem. § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) i. V. m. § 4 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln den Jahresabschluss zum 31.12. 2007 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln fest und beschließt, den Jahresüberschuss von EUR 43.133.585,54 vollständig an den Haushalt der Stadt Köln abzuführen.
2. Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

3. Der Rat beschließt gemäß § 10 Abs. 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen i. V. m. § 4 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zur Finanzierung der Abführung an den städtischen Haushalt von insgesamt EUR 46.607.200,00 eine Entnahme aus der Kapitalrücklage in Höhe von EUR 3.473.614,46.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

**9.12 Räumliche Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums im EL-DE-Haus durch Anmietung der derzeit von einer Galerie gemieteten Räume nebst notwendigen Umbaumaßnahmen
5054/2008**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln
AN/2577/2008**

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion pro Köln:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die gemäß der Verwaltungsvorlage neu anzumietenden Räumlichkeiten für die Einrichtung einer Ausstellung zu nutzen, die den Charakter des kommunistischen Gulag als Vorläufer und Prämisse der nationalsozialistischen Konzentrationslager dokumentiert.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt.**

II. Beschluss in der Fassung der Empfehlung des Ausschusses Kunst und Kultur vom 02.12.2009:

Der Rat stimmt der Anmietung der derzeit von einer Galerie gemieteten Räume im EL-DE-Haus für die räumliche Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums nebst notwendigen Umbaumaßnahmen zu, wodurch die Einbeziehung der ehemaligen Hinrichtungsstätte im Innenhof in die Gedenkstätte ermöglicht wird und die derzeit bestehende drängende Raumnot des NS-Dokumentationszentrums behoben werden kann.

Der Rat beschließt, für die Anmietung ab 2011 jährlich 117.000 Euro und für die notwendigen Umbauten infolge der Anmietung einmalig im Jahre 2011 380.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Der Mietvertrag mit der Galerie läuft noch bis zum 31. Juli

2012. Die Verwaltung ist bemüht, ein früheres Ende des Mietvertrags zum Jahre 2011 zu erreichen.

Die Deckung sowohl des dauerhaften Mehrbedarfs von jährlich 117.000 € als auch des einmaligen Mehrbedarfs von 380.000 € wird innerhalb des Kulturbudgets sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

9.13 AWB 2018 Verlängerung der Leistungsverträge zwischen Stadt Köln und AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG 5222/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.Köln AN/2580/2008

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion Die.Linke:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Initiative der AWB zur Steigerung von Qualität, Service und Ertrag und bestärkt die AWB darin, ihre an Wirtschaftlichkeit und Qualität orientierte Geschäftspolitik konsequent fortzusetzen. Der Rat der Stadt Köln stellt seine Zustimmung zu der Initiative jedoch unter den ausdrücklichen Vorbehalt, dass die Verwaltung in enger Abstimmung mit der AWB eine Anpassung der Leistungsverträge in der Müllabfuhr und Straßenreinigung aushandelt oder eine andere geeignete Form (z.B. zweckgebundene Zuführung von Gewinnanteilen an den städtischen Haushalt) vereinbart, die die Möglichkeit bietet, die im Programm AWB 2018 avisierten Kosteneinsparungen bei der AWB auch zur Entlastung der Gebührenzahler nutzbar zu machen und gleichzeitig Arbeitsplätze zu sichern.

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit es möglich ist, zur objektiven Bemessung der Qualität und der Wirtschaftlichkeit der städtischen Abfallbeseitigung, ein regelmäßiges Benchmarking-Verfahren bei der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung der Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln aufzubauen. Ein Kennzahlenvergleich soll Aussagen zum örtlichen Standard bei Müllabfuhr und Straßenreinigung treffen und auch Schlussfolgerungen zur Bürgerzufriedenheit („gefühlte Sauberkeit“) zulassen. Über das Benchmarking-Verfahren sollen die Leistungen und Preise der AWB GmbH & Co KG auf ihre Qualität und Wirtschaftlichkeit überprüft werden können. Die Verwaltung wird um fachliche Einschätzung gegenüber dem Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetriebe gebeten. Die Kosten einer solchen Maßnahme sind

darzustellen.

Die Verwaltung berichtet dem Betriebsausschuss AWB jährlich, spätestens im September, über die Umsetzung des Programms AWB 2018.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

II. Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion aus der Sitzung des Betriebsausschusses der Abfallwirtschaftsbetriebe vom 17.12.2008:

Die Beschlussvorlage wird um folgenden Punkt 6 ergänzt:

Der Rat der Stadt Köln erwartet, dass die mit der vorgesehenen Umsetzung des Programms „AWB 2018“ avisierte Steigerung des Gewinns der AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG zur finanziellen Entlastung der Kölner Bürgerinnen und Bürger verwandt wird. Zu diesem Zweck sind die erwarteten Erlöse zur Stabilisierung und soweit möglich zur Verringerung der Abfall- und Straßenreinigungsgebühren zu nutzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie der Stimme des Oberbürgermeisters abgelehnt.

III. Gesamtabstimmung:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt zur Kenntnis, dass die AWB den mit ihrer Privatisierung verbundenen Auftrag, wirtschaftlicher zu werden, bisher mit Erfolg erfüllt hat. Die erreichten Erfolge kommen den Bürgerinnen und Bürgern zugute. Der Rat nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass die AWB die Qualität ihrer Leistungen erheblich verbessert hat und sie damit einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat, die Stadt Köln für deren Bürgerinnen und Bürger, für die Wirtschaft und den Tourismus attraktiver zu gestalten.
2. Der Rat der Stadt Köln begrüßt es, dass die AWB mit ihrer Initiative zur Steigerung von Qualität, Service und Ertrag die bisherige, an Wirtschaftlichkeit und Qualität orientierte Geschäftspolitik konsequent fortsetzen möchte. Das dieser Initiative zugrunde liegende Konzept ist als Anlage beigefügt; der Rat nimmt es zur Kenntnis.
3. Der Rat der Stadt Köln erklärt sich daher damit einverstanden, die Partnerschaft zwischen Stadt Köln und AWB bis zum Jahr 2018 fortzusetzen; insbe-

sondere stimmt er der Ausübung der Option zur Verlängerung der Leistungsverträge in der Müllabfuhr und Straßenreinigung durch die AWB bereits zum jetzigen Zeitpunkt zu.

4. Der Rat der Stadt Köln beabsichtigt, mit der Leistungserbringung auch weiterhin im bisherigen Umfang die AWB zu beauftragen. Auf die Beteiligung eines privaten Gesellschafters wird verzichtet.
5. Der Rat der Stadt Köln begrüßt es, dass die Fortsetzung der Partnerschaft zwischen Stadt Köln und AWB es dieser ermöglicht, hinsichtlich des bei ihr eingesetzten Personals bis 2018 auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten und auf diese Weise tarifgerechte Arbeitsplätze bis 2018 zu sichern. Dabei sind weder aus tarifpolitischen noch aus finanziellen Gründen Ausgliederungen oder die Gründung von Untergesellschaften vorgesehen.
6. Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Initiative der AWB zur Steigerung von Qualität, Service und Ertrag und bestärkt die AWB darin, ihre an Wirtschaftlichkeit und Qualität orientierte Geschäftspolitik konsequent fortzusetzen. Der Rat der Stadt Köln stellt seine Zustimmung zu der Initiative jedoch unter den ausdrücklichen Vorbehalt, dass die Verwaltung in enger Abstimmung mit der AWB eine Anpassung der Leistungsverträge in der Müllabfuhr und Straßenreinigung aushandelt oder eine andere geeignete Form (z.B. zweckgebundene Zuführung von Gewinnanteilen an den städtischen Haushalt) vereinbart, die die Möglichkeit bietet, die im Programm AWB 2018 avisierten Kosteneinsparungen bei der AWB auch zur Entlastung der Gebührenzahler nutzbar zu machen und gleichzeitig Arbeitsplätze zu sichern.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit es möglich ist, zur objektiven Bemessung der Qualität und der Wirtschaftlichkeit der städtischen Abfallbeseitigung, ein regelmäßiges Benchmarking-Verfahren bei der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung der Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln aufzubauen. Ein Kennzahlenvergleich soll Aussagen zum örtlichen Standard bei Müllabfuhr und Straßenreinigung treffen und auch Schlussfolgerungen zur Bürgerzufriedenheit („gefühlte Sauberkeit“) zulassen. Über das Benchmarking-Verfahren sollen die Leistungen und Preise der AWB GmbH & Co KG auf ihre Qualität und Wirtschaftlichkeit überprüft werden können. Die Verwaltung wird um fachliche Einschätzung gegenüber dem Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetriebe gebeten. Die Kosten einer solchen Maßnahme sind darzustellen.
8. Die Verwaltung berichtet dem Betriebsausschuss AWB jährlich, spätestens im September, über die Umsetzung des Programms AWB 2018.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke.Köln sowie mit der Stimme des Oberbürgermeisters gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Frau May (Einzelmandats-trägerin) **zugestimmt**.

Anmerkung:

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.Köln wurde in der laufenden Sitzung vorgelegt

**9.14 Haushaltsjahr 2009:
Anmietung der 4. Etage des Objektes Venloer Straße 419-421 und einer Teilfläche des Objektes Venloer Str. 417 zur kostenfreien Überlassung an das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V. und zahlungswirksame überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen
4764/2008**

Beschluss:

Der Rat beschließt, dem Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V. (DOMiD) kostenfrei Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck wird die Verwaltung beauftragt, die 4. Etage des Objektes Venloer Straße 419-421 und eine Teilfläche des Objektes Venloer Str. 417 anzumieten.

Die hierfür entstehenden Mietaufwendungen betragen jährlich 144.000 €. Zu deren Finanzierung in 2009 beschließt der Rat zahlungswirksame überplanmäßige Mehraufwendungen in Höhe von 30.000 € im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Die Deckung erfolgt in entsprechender Höhe durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0405, Kulturförderung, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Die Restfinanzierung in Höhe von 114.000 € erfolgt im Teilplan 0501, Soziale Hilfen, durch Sollumbuchung von Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zu Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Mittelbereitstellung bei den Haushaltsplanaufstellungen 2010 ff. vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**9.15 Arbeits- und Zeitplan zur Erstellung des Integrationskonzeptes
5106/2008**

Beschluss:

Auf Anregung des Integrationsrates beauftragt der Rat die Verwaltung, dem Rat der Stadt Köln bis März 2009 ein Rahmenkonzept vorzulegen, das die bereits vorliegenden Ergebnisse und Handlungsempfehlungen berücksichtigt und zusammenfasst. Das Rahmenkonzept soll auch in der für den 19. März 2009 geplanten Integrationskonferenz vorgestellt und diskutiert werden.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, die Arbeitsgruppenergebnisse auf Schnittstellen hin zu überprüfen und in ein Raster zu übertragen, welches konkrete Handlungsziele benennt.

Die neu eingerichteten Arbeitsgruppen zu den Bereichen „Kultur“, „Wohnen“, „Frauen“, „Bürgerschaftliches Engagement“, „Lesben, Schwule und Transgender“, „Menschen mit Behinderung“, „Seniorinnen und Senioren“ und „Demografischer Wandel“ werden gebeten, ihre Arbeit aufzunehmen und - sofern möglich - ebenfalls bis März 2009 ein Zwischenergebnis vorzustellen.

Die bereits jetzt vorliegenden Arbeitsgruppenergebnisse sollen den Ausschüssen Jugendhilfe, Schule und Weiterbildung und Sport als Mitteilung zur Kenntnis gegeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.16 Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Stadt Köln durch die Verwaltung 2617/2008

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das MDG-Aktionsprogramm der Stadt Köln zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele in vorgelegter Form.
2. Der Rat beauftragt 01/4 – Büro für Internationale Angelegenheiten - mit der Koordination sowie der Vergabe und Kontrolle der dafür zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel.
3. Der Rat der Stadt Köln bekundet seinen Willen, dass ein Einsatz von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in entwicklungspolitischen Projekten gewünscht und entsprechend von den Fachdienststellen ermöglicht wird.

Die Beschlussfassung über die in der Vorlage enthaltenen Beschlüsse Nr. 2 und 4, die sich auf das Haushaltsjahr 2010 ff. beziehen, sollte den neu gewählten Rat überlassen werden.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**9.17 Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Erstausrüstung für Plätze für Kinder im Alter von 3-6 Jahren bei Trägern der freien Jugendhilfe
4628/2008**

Beschluss:

Der Rat beschließt, ggf. auch ohne Gewährung von Landesmitteln, die Gewährung von Zuschüssen von

- a) 22.071,00 € für die Kindertagesstätte Am Hilgerskreuz in Köln-Meschenich
Träger: Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region
- b) 28.483,78 € für die Kindertagesstätte „Am Ausbesserungswerk“ in Köln-Nippes
Träger: Rotznasen e. V.
- c) 49.172,46 € für die Kindertagesstätte „Am Ausbesserungswerk“ in Köln-Nippes
Träger: Wir für Pänz e. V.

zur Gewährung einer investiven Förderung zur Beschaffung der Erstausrüstung von neuen bedarfsgerechten Plätzen für Kinder im Alter von 3-6 Jahren.

Entsprechende Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2008 im Teilergebnisplan 0601, Kinder, Jugend- und Familienhilfe, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.18 Koelnmesse GmbH, Zuführung zur Kapitalrücklage und Änderung des Wirtschaftsplans 2008 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
5017/2008**

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. Gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beschließt der Rat der Stadt Köln die Änderung des am 24.04.2008 festgestellten Wirtschaftsplans 2008 (DS-Nr.1195/2008) in der als Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage paraphierten Fassung.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt erforderlich, ist wird auf 39,7 Mio. Euro festgesetzt

2. die Einzahlung von 22,7 Mio. € zur Stärkung des Eigenkapitals und der Fi-

nanzkraft der Koelnmesse GmbH in die Kapitalrücklage der Koelnmesse GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.Köln, gegen die Stimme von Ratsmitglied Herrn Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Frau May (Einzelmandatsträgerin) und bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

9.19 KVB: Regelung über die Finanzierung der Unterhaltungskosten der Nord-Süd Stadtbahn 5283/2008

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung der Stadt Köln mit der Aufnahme der sich aus der Unterhaltung der Nord-Süd Stadtbahn ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme. Bei der Ermittlung der Folgekosten sind die gewährten Bundes- und Landeszuschüsse in Abzug zu bringen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.20 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum: 01.01.2009 bis 31.12.2010 3235/2008

Beschluss:

Der Rat beschließt die „Fortführung der Regionalagentur Region Köln“ – unter der Trägerschaft der Stadt Köln – zunächst für den Zeitraum 01.01.2009 – 31.12.2010.

Für den Zeitraum 01.01.-31.12.2009 liegt bereits ein Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung Düsseldorf vor. Für den Zeitraum 01.01.-31.12.2010 enthält dieser Bescheid den Hinweis, dass in 2009 ohne weiteren Antrag die Nachbewilligung für 2010 erfolgt.

Die entsprechenden Aufwendungen und Erträge sind in verschiedenen Zeilen des Teilergebnisplans 1501 – Wirtschaft und Tourismus des Doppelhaushalts 2008/2009 sowie der Mittelfristplanung bis 2010 berücksichtigt.

Der Wirtschaftsausschuss erhält jährlich einen Tätigkeitsbericht der Verwaltung jeweils vor Einbringung der nächsten Ratsvorlage zur Fortführung der Regionalagentur Region Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.21 Entwicklung und Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Aufgaben
hier: Einrichtung einer Mehrstelle im Bereich Arbeitsmarktförderung
zum 01.01.2009
3485/2008**

Beschluss:

1. Der Rat beschließt zur weiteren Entwicklung und Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Aufgaben im Amt für Wirtschaftsförderung, Abteilung Kommunale Arbeitsmarktförderung, die Einrichtung einer erforderlichen Mehrstelle
1 StA BGr. A 11 BBO bzw. VA VGr. IVa BAT (EG 10 TVöD)
zum Stellenplan 2010. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 wird die Verwaltung beauftragt, die entsprechende Stelle intern zur Verrechnung zur Verfügung zu stellen.
2. Die entsprechenden Aufwendungen in Höhe von insgesamt 72.300 € (Personalaufwendungen i.H.v. 59.300 € und Sachaufwendungen i.H.v. 13.000 €) sind im Teilergebnisplan 1501 - Wirtschaft und Tourismus in Zeile 16 als „sonstige ordentliche Aufwendungen“ des Doppelhaushalts 2008/2009 sowie in Höhe von 62.500 € in der Mittelfristplanung bis 2012 berücksichtigt.
3. Der Beschluss beinhaltet die Freigabe der im Doppelhaushalt 2008/2009 für das Haushaltsjahr 2009 im Teilplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus in Zeile 16 als „sonstige ordentliche Aufwendungen“ veranschlagten Mittel für die Maßnahme „Arbeitsmarktförderung“ in Höhe von 72.300 EUR durch den Finanzausschuss.

Die Stellen werden zunächst bis zum 31.12.2009 befristet.

Die Vorlage soll außerdem dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Mitberatung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.22 Ganztagsoffensive Sek. I - Änderungsbeschlüsse für die zur Umwandlung in Ganztagschulen vorgesehenen Realschulen und Gymnasien
4204/2008**

Beschluss:

1.) Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 die Einführung des Ganztagsbetriebs gem. § 9 Abs. 1 SchulG NRW

an den Gymnasien

1. GY Düsseldorf Straße 13, Rhein-Gymnasium, 51063 Köln-Mülheim
2. GY Escher Straße 247, Dreikönigs-Gymnasium, 50739 Köln-Bilderstöckchen,
3. GY Fühlinger Weg 4, Heinrich-Mann-Gymnasium, 50765 Köln-Volkhoven/Weiler,
4. GY Hardtgenbuscher Kirchweg 100, Heinrich-Heine-Gymnasium, 51107 Köln-Ostheim
5. GY Rochusstraße 147, Montessori-Gymnasium, 50827 Köln-Bickendorf,
6. GY Georgsplatz 10, Kaiserin-Augusta-Schule, 50676 Köln Altstadt/Süd
7. GY Nachtigallenstraße 19-21, Maximilian-Kolbe-Gymnasium, 51147 Köln-Wahn und dem
8. GY Leybergstraße 1, Hildegard-von-Bingen-Gymnasium, 50939 Köln-Sülz

und an den Realschulen

1. RS Hardtgenbuscher Kirchweg 100, Albert-Schweitzer-Schule, 51107 Köln-Ostheim und am
2. RS Karl-Marx-Allee 43, Henry-Ford-Realschule, 50769 Köln-Seeberg und am
3. RS Planckstraße 14, Max-Planck-Realschule, 51145 Köln-Porz,
4. RS Kolkrabenweg 65, Berta-von-Suttner-Realschule, 50829 Köln-Vogelsang ,
5. RS Fürstenbergstraße 26, Elly-Heuss-Knapp-Realschule, 51065 Köln-Mülheim,
6. RS und AufbauRS Frankstraße 26, Konrad-Adenauer-Schule, 50676 Köln-Altstadt/Süd
(für Realschul- und Aufbaurealschulzweig),
7. RS Niehler Kirchweg 120, Edith-Stein-Schule, 50733 Köln-Nippes und der
8. RS Euskirchener Straße 50, Theodor-Heuss-Schule, 50935 Köln-Sülz

in der je Schulform dargestellten Reihenfolge zum 1.08.2009 oder zum 1.08.2010.

2.) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung,

- die Landesmittel in Höhe von max. 100.000 € pro Schule als Investitionskostenanteil („1.000 Schulen Programm“) des Landes für die zu ändernden Schulen zu beantragen, den notwendigen Eigenanteil der Stadt Köln in gleicher Höhe gegenüber der Bezirksregierung darzustellen sowie die Landesmittel abzurufen;
- die Ertüchtigung der Standorte der unter Ziffer 1 genannten Realschulen und Gymnasien, die eine Genehmigung als gebundene Ganztagschule erhalten, mit hoher Priorität zu betreiben. Dies bezieht sich neben den zusätzlichen Räumen für den Ganzttag auch auf die bereits für den Halbtagsbetrieb fehlenden Unterrichts- und Verwaltungsräume.
- für die Schulen, die den Ganztagsbetrieb aufnehmen, unverzüglich die für Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen notwendigen Beschlüsse herbeizuführen.

3.) Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass zum Stellenplan 2010 die notwendigen zusätzlichen 1,9 Stellen Vergütungsgruppe VII/VI b BAT gemäß Punkt 7.3.2 des Konzeptes eingerichtet werden. Zur Finanzierung sind ab dem Hj. 2010 Finanzmittel in Höhe von 79.800 € und ab dem Schuljahr 2011 ff 83.500 € zusätzlich bereit zu stellen.

4.) Der erhöhte Bedarf im Mietbudget des Schulverwaltungsamtes für alle 16 Schulen beträgt lt. Punkt 7.1 des Konzeptes für alle 16 Schulen einschließlich Reinigung und sonstiger Nebenkosten:

Hj.	Ganztagsbereich	sonstige Räume
2010 i.H.v.	21.200 €	0 €
2011 i.H.v.	727.500 €	458.000 €
2012 i.H.v.	2.104.400 €	1.236.200 €
2013 i.H.v.	3.319.000 €	1.987.000 €
2014 i.H.v.	4.243.800 €	3.157.800 €
2015ff i.H.v.	4.793.100 €	5.233.600 €

Die Finanzierung der Mietkosten erfolgt aus Mitteln der Schulpauschale. Die Neben- und Reinigungskosten sind als laufende Kosten aus dem Gesamthaushalt zu finanzieren. (Anlage 2). Die Mittel sind in den Haushaltsjahren 2010-2015 ff entsprechend den realisierten Maßnahmen sukzessive zusätzlich bereit zu stellen.

5.) Für die Wiederbeschaffung der Einrichtung und Reparaturen sind nach Fertigstellung der Maßnahmen lt. Punkt 7.2 des Konzeptes für alle 16 Schulen ansteigend bis zum Jahr 2015 folgende Beträge erforderlich:

Hj.	Ganztagsbereich	sonstige Räume
2010 i.H.v.	4.500 €	0 €
2011 i.H.v.	19.500 €	17.500 €
2012 i.H.v.	49.400 €	31.000 €
2013 i.H.v.	76.200 €	41.300 €
2014 i.H.v.	95.200 €	63.700 €
2015ff i.H.v.	105.700 €	112.200 €

Die Mittel sind in den Haushaltsjahren 2010-2015 ff entsprechend den realisierten Maßnahmen sukzessive zusätzlich bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.23 Ganztagsoffensive Sek I - Auswirkungen auf den Ausbau von Ganztagsbereichen (Zeit-/Maßnahmenplan) 4631/2008

Beschluss:

1. Der Rat nimmt das vorgestellte Stufenmodell zur Realisierung der Mittagsversorgung an den genannten Schulen zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Stufe 1.
2. Der Rat beschließt die Finanzierung der Gesamtkosten der Stufe 1 von insgesamt 1.155.000,-€ (Bau 325.000,-€; Einrichtung 830.000,-€) gemäß dem Ratsbeschluss vom 13.12.2007 aus den erhöhten Mitteln der Bildungspauschale. Die Finanzierung der Kosten der Containermiete erfolgt aus den Mitteln des Schulmietbudgets.
3. Der Rat beschließt die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 830.000,-€ zur Einrichtung der in Anlage 2 genannten Schulen zur Herstellung einer Mittagsversorgung im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, Zeile 9 für den Erwerb beweglichen Anlagevermögens.
4. Der Rat nimmt die in Stufe 2 vorgeschlagene Einordnung bzw. Umsetzung der Schulen zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Planungsaufnahme für die Baumaßnahmen mit einem Baukostenvolumen von rd. 40,3 Mio. € sowie Kosten für die Einrichtung von rd. 3,1 Mio. €.
5. Der Rat beschließt die vorerst bis zum 31.12.2009 befristete Zusetzung von zunächst drei Kräften StA BGr. A 11 BBO für die im Zusammenhang mit der Ganztagsoffensive SEK I anfallenden Baumaßnahmen. Die hierfür notwendigen Stellen werden verwaltungsintern bereitgestellt. Die jährlichen Kosten belaufen sich auf 212.700,-€.
Die Finanzierung der Personalaufwendungen erfolgt aus dem gesamtstädtischen Personalaufwandsbudget.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.24 Verlängerung des Modellprojektes "Sozialraumorientierte Hilfsangebote in Köln" 4750/2008

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(zugesetzt)
AN/2579/2008**

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Beschlussvorschlag wird unter Punkt 3 wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat und den zuständigen Ausschüssen als 11. Sozialraum die Stadtteile Humboldt/Gremberg und Kalk vorzuschlagen. Die Trä-

gerschaft für den zukünftigen Sozialraum soll dem Kinderschutzbund e.V. übertragen werden.

Im Rahmen einer erfolgreichen Verzahnung aller vorhandenen Initiativen muss der zukünftige Träger des Sozialraums Kalk/Humboldt/Gremberg eng mit anderen Akteuren zusammenarbeiten.

Gleiches gilt auch für weitere Initiativen zur Qualitätsverbesserung in Wohnquartieren durch sog. Standortgemeinschaften in Kalk (Business Improvement District). Einzubinden in diesem Stadtteil ist zudem der „Arbeitskreis Kalk“, hervorgegangen aus dem früheren „Kalkprogramm“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Gesamtabstimmung:

1. Der Rat stellt fest, dass sich das am 15.12.2005 beschlossene Handlungskonzept „Sozialraumorientierte Hilfsangebote in Köln“ bewährt hat und fortgeführt werden soll.
2. Der Rat beschließt, das bis zum 28.02.2009 befristete Modellprojekt sowie die damit einhergehenden Beauftragungen der Träger der Koordinations- und Anlaufstellen in den bereits bestehenden 10 Sozialraumgebieten um 3 Jahre bis zum 29.02.2012 zu verlängern.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Auswahl eines 11. Sozialraumgebietes und eines zu beauftragenden Trägers entsprechend der Vorgaben des Rahmenkonzeptes vorzubereiten und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat und den zuständigen Ausschüssen als 11. Sozialraum die Stadtteile Humboldt/Gremberg und Kalk vorzuschlagen. Die Trägerschaft für den zukünftigen Sozialraum soll dem Kinderschutzbund e.V. übertragen werden.

Im Rahmen einer erfolgreichen Verzahnung aller vorhandenen Initiativen muss der zukünftige Träger des Sozialraums Kalk/Humboldt/Gremberg eng mit anderen Akteuren zusammenarbeiten.

Gleiches gilt auch für weitere Initiativen zur Qualitätsverbesserung in Wohnquartieren durch sog. Standortgemeinschaften in Kalk (Business Improvement District). Einzubinden in diesem Stadtteil ist zudem der „Arbeitskreis Kalk“, hervorgegangen aus dem früheren „Kalkprogramm“.

4. Das Projekt ist weiterhin durch das Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung der Universität Duisburg-Essen (ISSAB) wissenschaftlich zu begleiten und zum Ende der Projektlaufzeit abschließend zu evaluieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.25 Ganztagsoffensive Sekundarstufe I - Programm "Geld oder Stelle" und Ganztagsangebote für 10-14-jährige Schülerinnen und Schüler 4978/2008

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den Bedarf der Schüler und Schülerinnen in Schulen der Sekundarstufe I zur Teilnahme an ergänzenden Ganztagsangeboten ab 01.02.2009 im Umfang von 4.645 Plätzen zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt, zur Erfüllung des Ganztagsbedarfs 16 bestehende Gruppen im Rahmen der „Ganztagsangebote für 10-14-jährige Schülerinnen und Schüler“, die in Kooperation mit einer Schule geführt werden, in der bisherigen Form – bei entsprechender Nachfrage und Auslastung - fortzuführen sowie insgesamt 173 neue Gruppen einzurichten. Darüber hinaus sind die bestehenden „gemischten“ 66 Gruppen ebenfalls fortzuführen. Die Kosten hierfür betragen (incl. Übermittagsbetreuung) insgesamt 4.437.859 Euro jährlich. Die Finanzierung der bestehenden 82 Gruppen der Jugendhilfe erfolgt in Höhe von 1.615.696 Euro aus dem Hpl 2008/2009, Hj. 2009 im Teilergebnisplan 0601, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagten zahlungswirksamen Aufwendungen.

Unter Berücksichtigung bereits veranschlagter Aufwendungen in Höhe von 202.000 Euro beschließt der Rat zur Finanzierung der 173 Gruppen für das Hj. 2009 zahlungswirksame Mehraufwendungen im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, in Höhe von 830.996 Euro. Deckung erfolgt durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilergebnisplan 0601, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, bei Teilplanzeile 15 für Transferaufwendungen. Ein Teilbetrag in Höhe von 1.789.167 Euro wird durch zweckgebundene Mehrerträge aus Landesmitteln finanziert (1.142.667 Euro für Übermittagsbetreuung und 646.500 Euro für ergänzende Ganztagsangebote im Rahmen des Programms „Geld oder Stelle“).

3. Der Rat beschließt, das Schüler Mittagessen in der Sekundarstufe I bei Besitz des Köln Passes bzw. des Nachweises der Erfüllung der Voraussetzungen zu ermäßigen. Der Eigenanteil der Eltern beträgt 1 Euro je Essen. Darüber hinausgehende Kosten bis zur Gesamthöhe von in der Regel 2,50 Euro je Essen sind zu Lasten des Sozialrats zu finanzieren. Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von 487.200 Euro stehen im Hpl 2008/2009, Hj. 2009 zur Verfügung.
4. Für die im Zusammenhang mit der Umsetzung des Programms „Geld oder Stelle“ erforderlichen administrativen Maßnahmen beschließt der Rat die zunächst bis 31.12.2009 befristete Zusetzung von zwei Kräften StA BesGr. A 11 BBO. Die hierfür notwendigen Stellen werden verwaltungsintern bereit gestellt. Die jährlichen Kosten betragen 141.800 Euro. Die Finanzierung der Personalaufwendungen erfolgt aus dem gesamtstädtischen Personalaufwandsbudget.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Frau Schlitt (Bündnis 90/Die Grünen) zugestimmt.

9.26 Handlungsempfehlungen "Menschen ohne Papiere" 4988/2008

Beschluss:

Der Rat nimmt die in der anliegenden Matrix dargestellten Vorschläge zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus der Studie "Menschen ohne Papiere in Köln" zur Kenntnis und beauftragt

- den „Runden Tisch für Flüchtlingsfragen“, die Thematik „Irreguläre Migrant/innen“ in sein Aufgabenspektrum aufzunehmen und weiterhin inhaltlich zu begleiten (Punkt 1 der Matrix).
- die Verwaltung zu prüfen, ob und in welchem Umfang
 - a) eine Ausweitung der finanziellen Unterstützung der bestehenden Beratungslandschaft bei den Wohlfahrtsverbänden
 - b) eine Unterstützung des Fonds „Armenbett für Menschen ohne Krankenversicherung“ (Punkt 9 der Matrix) erforderlich ist und dem Rat das Ergebnis der Prüfung in einer separaten Vorlage zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

9.27 Änderung der Fachschule für Technik am Berufskolleg Hauptstraße 426-428, 51143 Köln (Porz), Erweiterung um einen Bildungsgang mit der Fachrichtung Gebäudesystemtechnik in Kooperation mit der Werner-von-Siemens-Schule, Eitorfer Straße 18, 50679 Köln (Deutz) 5116/2008

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Änderung der Fachschule für Technik

Erweiterung um einen Bildungsgang mit der Fachrichtung Gebäudesystemtechnik gem. § 22 SchulG i.V.m. Anlage E der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO BK)

in Teilzeitform zum 01.08.2009
am Berufskolleg Hauptstraße 426-428 (BK 10), Sek. II, 51143 Köln (Porz)
in Kooperation mit der
Werner-von-Siemens-Schule (BK 19), Sek. II, Eitorfer Straße 18, 50679 Köln (Deutz)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.28 Bildungslandschaft Altstadt-Nord in Köln-Altstadt/Nord Einrichtung eines Anwohnerbeirates zur Begleitung der weiteren Planung 5197/2008

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Empfehlung Bezirksvertretung Innenstadt vom 11.12.2008:

Einrichtung eines Anwohnerbeirates zur Begleitung der weiteren Planung

Der Rat

1. beschließt, zur Begleitung des Projektes "Bildungslandschaft Altstadt-Nord" einen Planungsbeirat einzuberufen, der die Bezirksvertretung Innenstadt berät und den Fachausschüssen gegenüber regelmäßig Bericht erstattet. Die Zuständigkeit des Beirates beschränkt sich auf die Zuständigkeiten der Bezirksvertretung im Zusammenhang mit der räumlichen und inhaltlichen Weiterentwicklung der Rahmenplanung *und deren Umsetzung*. ~~Für eine weitere Begleitung zur Umsetzung des Projektes ist die Geschäftsordnung dann zu gegebenem Zeitpunkt über die Dauer der Rahmenplanung hinaus anzupassen.~~ Der Beirat soll nach der als Anlage beigefügten Geschäftsordnung einberufen werden;
2. beauftragt die Verwaltung, die Arbeit des Beirates vorzubereiten und die Geschäftsführung ~~in Zusammenarbeit mit der Projektleitung der Bildungslandschaft Altstadt-Nord~~ zu übernehmen. Es stehen im Haushaltsjahr 2009 Mittel für eine externe Fachmoderation von insgesamt vier bis zu dreistündigen Sitzungen im Teilergebnisplan 0901-Stadtplanung und -entwicklung, Zeile 13-Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Doppelhaushalts 2008/2009 bereit. Für Moderation und Sachkosten werden ca. 30.000 € benötigt. Die Finanzierung der Aufwendungen für die Jahre 2010 bis 2012 richtet sich nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltplans.

Anwohnerbeirat

Der Planungsbeirat soll die Bezirksvertretung Innenstadt zunächst bei der weiteren Entwicklung der Rahmenplanung beraten und den Fachausschüssen gegenüber regelmäßig zu dem Stand des Verfahrens Bericht erstatten. ~~Soll der Beirat über die Dauer der Rahmenplanung hinaus das Projekt begleiten, so wird die Geschäftsordnung angepasst.~~ Der Beirat besteht aus zehn stimmberechtigten Beiratsmitgliedern, die von der Bezirksvertretung Innenstadt benannt werden. Fünf Vertreter aus der

Bürgerschaft und fünf aus den Verbundeinrichtungen.

Der Planungsbeirat wird für die Dauer der Planungs und Realisierungsphase gegründet. Der Beirat tagt nach Bedarf, jedoch mindestens 1 mal pro Jahr.

Die Geschäftsordnung des Anwohnerbeirates ist als Anlage beigelegt.

ANLAGE GESCHÄFTSORDNUNG DES BEIRATS

PRÄAMBEL

Die Bildungslandschaft Altstadt-Nord ist ein Bildungsverbund, dessen Bildungseinrichtungen miteinander sowie mit der Stadt Köln und den Montag-Stiftungen eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen haben. Der Verbund besteht aus den Einrichtungen Grund- und Hauptschule Gereonswall, Abendgymnasium Gereonsmühlengasse, Jugendeinrichtung KSJ-Tower, Hansagymnasium, Jugendfreizeitanlage Klingelpütz und einer noch zu schaffenden Kindertagesstätte. Alle vorhandenen Einrichtungen haben erheblichen Sanierungs- oder Erweiterungsbedarf.

Der Bildungsverbund hat das Ziel, die Bildungschancen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu verbessern. Dieses Ziel wird in der Kooperationsvereinbarung näher detailliert. Um die Ziele der Kooperationsvereinbarung erreichen zu können, bedarf es der baulichen Umsetzung im Rahmen einer pädagogisch sinnvollen Architektur. Die Einrichtungen wollen institutionsübergreifend zusammenarbeiten und sich dem Stadtteil öffnen, ihn in die inhaltliche Gestaltung und räumlichen Nutzung der entstehenden Bildungslandschaft einbeziehen und Kooperationsmöglichkeiten anbieten.

Ein offen angelegter Planungsprozess mit Akteuren der Bildungseinrichtungen, Kindern und Jugendlichen sowie Vertreterinnen und Vertreter der Lokalpolitik führte im Ergebnis zu dem städtebaulichen Entwurf des Architektenteams feld 72/PlanSinn, Österreich. Ziel ist es, das Ergebnis der Entwurfsplanung in einem vertrauensvollen Diskurs mit der Öffentlichkeit zu ~~beraten~~ weiter zu entwickeln. Hierzu soll ein Anwohnerbeirat eingesetzt werden.

0. Rahmenplanungsgebiet

Das engere Rahmenplanungsgebiet ist begrenzt durch die Gereonsmühlengasse, die Kyotostraße, den Kümpchenshof, den Hansaring, die Ritterstraße, den Gereonswall, die Vogteistraße und den Klingelpütz.

1. Aufgaben des Beirates

(1) Der Beirat berät die Bezirksvertretung Innenstadt und ~~den Stadtentwicklungsausschuss~~ die Fachausschüsse in Fragen, die mit der weiteren Entwicklung der Rahmenplanung für die Bildungslandschaft Altstadt-Nord zusammenhängen. ~~Ziel ist, auf der Grundlage des von der Jury zur Weiterbearbeitung empfohlenen Wettbewerbsbeitrags von feld 72/PlanSinn Vorschläge für die Erarbeitung eines städtebaulichen Rahmenplans zu formulieren. Eine wesentliche Aufgabe ist, die Empfehlungen der Jury umzusetzen und u. a. Alternativen für "Mensa und Werkstätten" zu~~

~~untersuchen und die Lernorte der jetzigen Hauptschule kompakter zu organisieren.~~

~~Dabei ist von hoher Bedeutung, die Qualität des Parks zu sichern, Beeinträchtigungen des Charakters des Parks zu minimieren und das Projekt ohne Eingriff in das bestehende Grün zu realisieren. Eingriffe in das Grün sind möglichst zu vermeiden und, soweit unvermeidbar, auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Der Freiraumgestaltung wird besonderer Wert beigemessen. Dies gilt sowohl für den Hansapark als auch für den Klingelpützpark sowie die Vernetzung der Grünräume mit der umliegenden Bebauung. Der Rahmenplan soll die Leitlinien der weiteren städtebaulichen Entwicklung darstellen, der die baulichen Ergänzungen für die Bildungseinrichtungen ermöglicht und die Grünflächen in ihrer Funktion und Qualität stärkt. Die Zuständigkeiten des Beirates beschränken sich auf die Zuständigkeiten der Bezirksvertretung im Zusammenhang mit der räumlichen und inhaltlichen Weiterentwicklung der genannten Rahmenplanung.~~

(2) Der Beirat kann jährlich für insgesamt vier Sitzungen eine bis zu dreistündige, unabhängige Fachmoderation inkl. Vorbereitung in Anspruch nehmen.

2. Zusammensetzung des Beirates

(1) Der Beirat besteht aus zehn stimmberechtigten Beiratsmitgliedern, die von der Bezirksvertretung Innenstadt berufen werden. ~~für die Dauer einer Legislaturperiode gewählt werden.~~ Fünf Vertreter aus der Verbundeinrichtung. Die übrigen stimmberechtigten Mitglieder sollen aus den Bereichen der gesellschaftlichen Gruppen (Bewohner, Bürgervereinigungen, gewerblich-produzierende Unternehmen, Dienstleistungsunternehmen, Grundeigentümer/Projektentwickler) kommen. Eine Gruppenbindung ist nicht zwingend.

(2) Die Beiratsmitglieder werden persönlich berufen. Jedes Beiratsmitglied erhält, durch die Bezirksvertretung gewählt, eine/n persönlichen Vertreter/in für den Abwesenheitsfall (im Falle der Verhinderung oder im Fall eines Ausscheidens).

(3) Mindestens die Hälfte der Beiratsmitglieder muss im Rahmenplanungsgebiet oder in direkter Nachbarschaft wohnen oder (schulpflichtige) Kinder haben oder eine Arbeitsstätte betreiben oder arbeiten oder Grundeigentum besitzen. Die übrigen Mitglieder müssen in dem betroffenen Stadtteil Altstadt/Nord wohnen oder (schulpflichtige) Kinder haben.

(4) (bleibt bestehen) Dem Beirat gehören außerdem nicht stimmberechtigte Vertreterinnen und Vertreter der Projektleitung der Bildungslandschaft Altstadt-Nord an.

3. Vorsitz

(1) Die stimmberechtigten Beiratsmitglieder entscheiden für ~~eine Legislaturperiode die Dauer der Projektphase~~ *Planungsphase* -aus ihrer Mitte über den Vorsitz und die Stellvertretung.

(2) Die/der Vorsitzende leitet die Sitzungen des Beirates. Sie/er kann nur von der/dem stellvertretenden Vorsitzenden vertreten werden.

4. Dauer

Der Beirat wird für die Dauer *der Projektphase* gewählt. ~~einer Amtszeit der Bezirksvertretung~~ *der Planungsphase* gewählt. Die Wiederwahl ist zulässig.

5. Einberufung und Tagesordnung

(1) Der Beirat tagt nach Bedarf, mindestens einmal im Jahr ~~viermal im Jahr~~. Er tagt uneingeschränkt öffentlich. Die Beiratssitzungen finden im Stadtbezirk Innenstadt statt. Die konstituierende Sitzung findet im Bezirksrathaus Innenstadt auf Einladung des Bezirksbürgermeisters statt. Eingeladen wird mit dem Entwurf einer Tagesordnung durch die/den Vorsitzende/n.

(2) Die Bezirksvertretung *und die Fachausschüsse des Rates haben* ~~hat~~ die Möglichkeit, dem Beirat Tagesordnungspunkte vorzuschlagen. ~~In die Tagesordnung der Beiratssitzungen soll der regelmäßige Tagesordnungspunkt "Bericht aus der Bezirksvertretung" aufgenommen werden.~~

6. Abstimmungen und Meinungsbildung

Zu den Tagesordnungspunkten kann per Abstimmung ein Meinungsbild des Beirates hergestellt werden. Dieses wird protokolliert und hat empfehlenden Charakter für die Bezirksvertretung Innenstadt *und die Fachausschüsse*.

7. Bürgerfragestunde

Zu Beginn jeder Sitzung des Beirates eröffnet der/die Vorsitzende eine Bürgerfragestunde. Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger erhalten die Möglichkeit,

Fragen, die die Umsetzung der Rahmenplanung betreffen, mündlich vorzutragen. Die Fragestunde ist grundsätzlich auf eine Zeitstunde begrenzt und kann von der/dem Vorsitzenden verlängert werden.

8. Geschäftsführung

Die Geschäftsführung des Beirates wird vom Stadtplanungsamt ~~in Zusammenarbeit mit der Projektleitung der Bildungslandschaft Altstadt-Nord~~ wahrgenommen (Beschlusscontrolling). Neben den nach Erfordernis der Tagesordnung betroffenen städtischen Fachämtern nehmen nach Bedarf auch Mitglieder der Projektsteuerung an den Beiratssitzungen teil. Die von der Geschäftsführung gefertigte Niederschrift über die Beiratssitzungen wird vom sitzungsleitenden Vorsitzenden unterschrieben und der Bezirksvertretung Innenstadt, dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Ausschuss Schule und Weiterbildung

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke.Köln sowie gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis), Frau May (Einzelmandatsträgerin) und des Oberbürgermeisters **abgelehnt**.

II. Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Schule und Weiterbildung vom 01.12.2008:

1. Der Rat beschließt, zur Begleitung des Projektes "Bildungslandschaft Altstadt-Nord" einen Planungsbeirat einzuberufen, der die Bezirksvertretung Innenstadt berät und den Fachausschüssen gegenüber regelmäßig Bericht erstattet. Die Zuständigkeit des Beirats beschränkt sich auf die Zuständigkeiten der Bezirksvertretung im Zusammenhang mit der räumlichen und inhaltlichen Weiterentwicklung der Rahmenplanung.

In der gesamten Vorlage ist das Wort „Anwohnerbeirat“ zu ändern in „Planungsbeirat“.

Die Geschäftsordnung ist entsprechend zu ändern.

Der Beirat soll unter Berücksichtigung dieser Änderungen nach der als Anlage beigefügten Geschäftsordnung einberufen werden;

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Arbeit des Beirats vorzubereiten und die Geschäftsführung in Zusammenarbeit mit der Projektleitung der Bildungslandschaft Altstadt-Nord zu übernehmen. Es stehen im Haushaltsjahr 2009 Mittel für eine externe Fachmoderation von insgesamt vier bis zu dreistündigen Sitzungen im Teilergebnisplan 0901-Stadtplanung und –entwicklung, Zeile 13-Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Doppelhaushalts 2008/2009 bereit. Für Moderation und Sachkosten werden ca. 30.000 € benötigt. Die Finanzierung der Aufwendungen für die Jahre 2010 bis 2012 richtet sich nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltplans.

Des Weiteren beschließt der Rat einstimmig die Beschlussvorlage „Bildungslandschaft Altstadt-Nord in Köln Altstadt/Nord“ wie folgt anzupassen:

- Zu Seite 3 der Beschlussvorlage Absatz „Anwohnerbeirat“ letzter Satz: „Soll der Beirat...die Geschäftsordnung angepasst.“ Der Satz ist ersatzlos zu streichen.
- Zu Seite 3 der Beschlussvorlage Absatz „Anwohnerbeirat“ 2. Absatz: ist wie folgt zu ändern: „Der Beirat besteht aus 10 stimmberechtigten Beiratsmitgliedern (jeweils fünf aus der Verbundgemeinschaft und fünf aus der Bürgerschaft), die von der Bezirksvertretung Innenstadt für die Dauer der Planungsphase berufen werden. Der Beirat tagt nach Bedarf. Die Sitzungen sind öffentlich.“

Die Geschäftsordnung des Beirates ist wie folgt zu ändern:

- Zu 1 (1) erster Satz: „Der Beirat berät...“ ist zu ändern in „Der Beirat berät die Bezirksvertretung und die Fachausschüsse des Rates in Fragen,“
- Zu 1 (1) fünfter Satz: Dieser Satz wird verkürzt auf „Eingriffe in das Grün sind möglichst zu vermeiden.“
- Zu 2 (1) Der gesamte Absatz wird geändert in: „Der Beirat besteht aus 10 stimmberechtigten Mitgliedern und 10 Vertreterinnen/Vertretern, die von der Bezirksvertretung Innenstadt für die Dauer der Planungsphase berufen wer-

den, wobei von den 10 stimmberechtigten Mitgliedern jeweils fünf aus der Verbundgemeinschaft und fünf aus der Bürgerschaft vorgeschlagen werden.

- Zu 2 (4) Der Satz wird wie folgt ergänzt: „ Dem Beirat gehören ...der Bildungslandschaft Altstadt-Nord und der Verwaltung an.“
- Zu 3 (1) Die Wörter „eine Legislaturperiode“ werden ersetzt durch „die Planungsphase“.
- Zu 4 Der erste Satz wird geändert in „Der Beirat wird für die Dauer der Planungsphase berufen.“ Der Satz „Die Wiederwahl ist zulässig.“ wird ersatzlos gestrichen.
- Zu 5 (1) 1. Satz: Der Satz wird geändert in „Der Beirat tagt nach Bedarf.“
- Zu 5 (2) Der erste Satz wird wie folgt geändert: Die Bezirksvertretung und die Fachausschüsse des Rates haben die Möglichkeit, dem Beirat Tagesordnungspunkte vorzuschlagen. Der zweite Satz wird ersatzlos gestrichen.
- Zu 6 Der zweite Satz wird erweitert: „...für die Bezirksvertretung und die Fachausschüsse.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion sowie der Stimme von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) und bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion und des Oberbürgermeisters zugestimmt.

9.29 Branchenüblichkeit von Geschäftsführer-/Vorstandsvergütungen (zurückgezogen) 5062/2008

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe auch Ziffer II – Seite 5).

9.30 Wirtschaftsplan 2009 der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) 5411/2008

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Wirtschaftsplan (eingeplante Gebührenerhöhung um 3,9 %) der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB), für das Geschäftsjahr 2009 gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung mit folgender Einschränkung zu: Aktivitäten der StEB, die Mehrausgaben im städtischen Haushalt zur Folge ha-

ben, sind zunächst einzelfallbezogen zwischen der Stadt Köln und der StEB abzustimmen, damit die Verwaltung zu eventuell erforderlichen über- oder außerplanmäßigen Ausgaben des städtischen Haushalts gesonderte Entscheidungen des Rates der Stadt Köln einholen kann.

Weiterhin nimmt der Rat die Fünfjährige Ergebnis - und Finanzplanung der StEB und den aktualisierten Tilgungsplan für das städtische Trägerdarlehen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Mit deutlicher Stimmenmehrheit mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke.Köln sowie mit den Stimmen von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) und des Oberbürgermeisters zugestimmt.

9.31 Zuschuss für die Drogenhilfe Köln gGmbH zur Einrichtung und zum Betrieb der Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige im Rechtsrheinischen (KAD II) 5300/2008

Beschluss:

Der Rat beschließt zur Realisierung der KAD II (auf Basis eines aktualisierten Konzeptes der Drogenhilfe Köln gGmbH mit erweiterten Öffnungszeiten und dadurch bedingtem höheren Personalbedarf im Vergleich zu früheren Planungen)

1. den Abschluss eines Mietvertrages mit der Häfen- und Güterverkehr Köln AG zum 01.01.2009,
2. zur Ausstattung der KAD II die Gewährung eines einmaligen Zuschusses an die Drogenhilfe Köln gGmbH in Höhe von 150.000 €. Die in 2009 zusätzlich erforderlichen Mittel werden durch Ermächtigungsübertragung im Teilplan 0701 - Gesundheitsdienste – im Rahmen des Jahresabschlusses 2008 zur Verfügung gestellt.
3. zur Finanzierung der damit verbundenen laufenden Personal- und Sachaufwendungen die Aufstockung des bereits veranschlagten Zuschusses in Höhe von 189.750 € um weitere 394.050 € auf 583.800 € und hierfür entsprechenden überplanmäßigen zahlungswirksamen Mehraufwand im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste – in Teilplanzeile 15 -Transferaufwendungen - mit Deckung durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilplan 0501 – Soziale Hilfen – bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen im Haushaltsjahr 2009.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**9.32 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Auflösung der Kapitalrücklage
5347/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich gemäß § 10 Absatz 6 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen mit der Abdeckung des aus dem Geschäftsjahr 2001 stammenden Verlustes von 859.223,56 Euro durch eine entsprechende Auflösung der Kapitalrücklage einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**9.33 Bericht über noch nicht umgesetzte Verwaltungsvorlagen aus den öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse Bauen und Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft
(zurückgezogen)
4715/2008**

Diese Angelegenheit wurde für die heutige Sitzung zurückgezogen, da zunächst eine Beratung in den zuständigen Fachausschüssen erfolgen soll (siehe Ziffer V – Seite 5 - vor Eintritt in die Tagesordnung).

**9.34 AG Zoologischer Garten Köln
Übernahme einer Ausfallbürgschaft durch die Stadt Köln
(zugesetzt)
5542/2008**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln ist -vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbehörde- damit einverstanden, dass die Stadt Köln zugunsten der AG Zoologischer Garten Köln eine selbstschuldnerische, modifizierte Ausfallbürgschaft für ein Darlehen bis zur Höhe von 12 Mio. € übernimmt.

Bei der Aufnahme des Darlehens sind die jeweils am Kapitalmarkt erreichbaren günstigsten Konditionen zugrunde zu legen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.35 Ankauf eines Gemäldes für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
(zugesetzt)
5608/2008**

Beschluss

Der Rat beschließt den Ankauf des Gemäldes Dovedale bei Mondlicht von Joseph Wright of Derby aus der Zeit um 1785 durch die Stadt Köln zu einem Preis von 300.000,- € Das Gemälde wird im Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud als Depositum der Stadt Köln inventarisiert.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

10 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

11 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

**11.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 67444/04
Arbeitstitel: Im Weichserhof in Köln-Altstadt/Süd
3723/2008**

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 67444/04 für das Gebiet zwischen Holzmarkt (Rheinuferstraße), Mechtildisstraße, westliche Grenze des Flurstücks 634 (Gemarkung Köln, Flur 3), Im Weichserhof, Im Sionstal und Südseite Severinsbrücke in Köln-Altstadt/Süd —Arbeitstitel: Im Weichserhof in Köln-Altstadt/Süd— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 67444/04 nach § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) gemäß Anlage 4 zu ändern;
3. den Bebauungsplan Nr. 67444/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Abs. 1 BauGB in Anwendung des Verfahrens nach § 13 a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) zuletzt geändert

durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3 316) i. V. m. § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Abs. 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

11.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nr. 64424/02 Arbeitstitel: Kinderheime Sülz in Köln-Sülz 5108/2008

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan Nr. 64424/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen dem Straßengeviert Münstereifeler Straße, Sülzgürtel, Anton-Antweiler-Straße und Neuenhöfer Allee —Arbeitstitel: Kinderheime Sülz in Köln-Sülz— nach § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3 316) i. V. m. § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Abs. 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

13 Erlass von Veränderungssperren

13.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd

**Arbeitstitel: Hohe Pforte in Köln-Altstadt/Süd
3557/2008**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd –Arbeitstitel: Hohe Pforte in Köln-Altstadt/Süd– für das Gebiet zwischen Hohe Straße, Sternengasse, Krummer Büchel, Mühlenbach, östliche Grenze der Grundstücke Mühlenbach 49 sowie Marienplatz 12 und 15, nördliche Grenze der Grundstücke Marienplatz 3 - 15 sowie Kasinostraße 2, Kasinostraße und Pipinstraße in Köln-Altstadt/Süd in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

14 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

**14.1 Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes 'Rheinboulevard Mülheim-Süd mit Grünzug Charlier'
hier: Satzungsbeschluss
3601/2008**

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 142 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Satzung zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes 'Rheinboulevard Mülheim-Süd mit Grünzug Charlier' in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zur Durchführung von Sanierungsmaßnahmen bis zum 31.12.2020.

Die im nördlichen Bereich vorgesehene Verbindung der den Rhein begleitenden Grünflächen mit der Deutz-Mülheimer Straße wird nach Süden bis auf die Höhe der Einmündung Danzierstraße entsprechend der Plandarstellung zur Abgrenzung des Sanierungsgebietes in Anlage 6 (Satzungsanlage) und der neugefassten Begründung der Sanierungssatzung in Anlage 7 erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**14.2 Sanierung Vingst/Höhenberg
Aufhebung der Sanierungssatzung Vingst/Höhenberg
4202/2008**

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Vingst/Höhenberg in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

15.1 199. Satzung über die Festlegungen gem. § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4376/2008

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 199. Satzung über die Festlegungen gem. § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

15.2 200. Satzung über die Festlegungen gem. § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 5000/2008

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 200. Satzung über die Festlegungen gem. § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

16 Wahlen

16.1 Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der KölnVorsorge-Sterbeversicherung VVaG der Verwaltungsangehörigen der Stadt Köln 5339/2008

Beschluss:

Der Rat beschließt, Frau Ltd. StVD Gertrud Hoffsummer, ehemals Kämmerei, und Herrn STVD Peter Hoven, Personalamt, als städtische/n Vertreter/in in den Aufsichtsrat der KölnVorsorge Sterbeversicherung VVaG der Verwaltungsangehörigen der Stadt Köln zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16.2 Antrag der SPD-Fraktion hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners im Wirtschaftsausschuss (zugesetzt) AN/2531/2008

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion, Herrn Lothar Krögerrecklenfort, zum Sachkundigen Einwohner für den Wirtschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

16.3 Antrag der SPD-Fraktion hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners im Ausschuss Soziales und Senioren (zugesetzt) AN/2571/2008

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion, Herrn Frank Schneider, zum Sachkundigen Einwohner für den Ausschuss Soziales und Senioren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

- 16.4 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl eines sachkundigen Einwohners im Stadtentwicklungsausschuss
(zugesetzt)
AN/2572/2008**

Beschluss

Der Rat wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion, Herrn Jürgen Brock-Mildenberger, zum Sachkundigen Einwohner für den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

- 16.5 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl einer sachkundigen Einwohnerin im Sportausschuss
(zugesetzt)
AN/2573/2008**

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der SPD-Fraktion, Frau Carola Steiner, zur Sachkundigen Einwohnerin im Sportausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

- 16.6 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
(zugesetzt)
AN/2574/2008**

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der SPD-Fraktion, Frau Barbara Albat, zur Sachkundigen Einwohnerin im. Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

- 16.7 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl einer sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
(zugesetzt)
AN/2576/2008**

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der SPD-Fraktion Frau Gonca Mucuk-Edis, zur Sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW**17.1 Vertragszeichnungen EU-Projekt PORTICO
(zugesetzt)
5268/2008****Beschluss:**

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW folgende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes:

Wir beschließen gem. § 60 I S.2 GO NW i.V.m. § 10 der Hauptsatzung, die Verwaltung zu ermächtigen, das Vertragswerk zum EU-Projekt PORTICO zu unterzeichnen.

Köln, den 02.12.2008

gez. Schramma
Oberbürgermeister

gez. Dr. Lemper
Ratsmitglied

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**17.2 Errichtung der "Kunststiftung im Museum Ludwig Köln"
(zugesetzt)
5512/2008****Beschluss:**

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW folgende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes:

Der Rat beschließt vorbehaltlich der notwendigen aufsichtsbehördlichen Genehmigungen die Errichtung der rechtsfähigen Stiftung des bürgerlichen Rechts mit dem Namen „Kunststiftung im Museum Ludwig Köln“ zum 01.12.2008 und die Stiftungssatzung in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1). Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Errichtung erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere das Stiftungsgeschäft vorzunehmen (Anlage 2) und die notwendigen aufsichtsbehördlichen Genehmigungen einzuholen.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Aufsichtsbehörde sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen des Stiftungsgeschäfts oder der Stiftungssatzung als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Köln, den 05.12.2008

gez. Schramma
Oberbürgermeister

gez. Breite
Ratsmitglied

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.Köln zugestimmt.

18 -

19 -

gez. Fritz Schramma
Oberbürgermeister

gez. Kramp
Schriftführerin